

Institut f. Zeitgeschichte München ARCHIV
182/S2

ZS 192

Kirche und Weltanschauung

=====

1933 bis 1945

Denkschrift

von

Oberkonsistorialrat

Dr. W i e n e k e

Kirche und Weltanschauung 1933 bis 1945

Ein persönlicher Bericht vom Oberkonsistorialrat Dr. Friedrich Wienske über seine Tätigkeit als Weltanschauungsreferent im Evangelischen Oberkirchenrat und in der Deutschen Evangelischen Kirchenkanzlei zu Berlin.

Zur Einführung

Die Kirche Deutschlands geht einer neuen Zeit entgegen. Das verpflichtet zu einer Rückschau auf die seit der nationalsozialistischen Machtergreifung abgelaufene Spanne. Aus dem vorhandenen Aktenmaterial wird mancher Spezialbericht entstehen. Wenn die vorliegende Gesamtschau persönlichen Charakter trägt, so hat dies mehrere Gründe :

- 1) Das Referat für Weltanschauungsfragen musste in den Kirchenbehörden zweckmässig in die Hand eines alten Parteigenossen gelegt werden, der aus genauer Kenntnis der nationalsozialistischen Weltanschauung zu den einschlägigen Fragen diejenige Stellungnahme fand, welche einer Stärkung der Kirche dienen konnte.
- 2) Der Weltanschauungsreferent musste in der Lage sein, sich bei den Politikern Zugang zu verschaffen, die sich amtlichen Vorstellungen schwer öffneten, aber dem alten Nationalsozialisten nicht entzogen.
- 3.) Er musste ein Berater derjenigen christlichen Parteigenossen sein, die um ihres Glaubens willen in der Partei angefochten wurden und musste auch den anderen Hilfe erweisen, die politische Schwierigkeiten auf Grund einer Haltung erfuhren, die für sie glaubensmässig bedingt war.
- 4.) Ein erheblicher Teil der Weltanschauungsakten ist anlässlich der Bombenzerstörung des Dienstgebäudes der Kirchenkanzlei in Berlin vernichtet, ein Teil der Akten des Evangelischen Oberkirchenrats ist ungreifbar auf dessen Aussenstelle in Züllichau zurückgeblieben. Darum musste mancher Vorgang aus der persönlichen Erinnerung des Sachbearbeiters ergänzt werden.
- 5.) Das Verhältnis von Kirche und Partei wurde in der zwölfjährigen Entwicklung von seiten der Behördenvertreter verschieden beurteilt. Eine Gesamtschau ist darum nur als persönliche Arbeit möglich.
- 6.) Mancher Vorgang, der vordem aus Gründen der politischen Vertraulichkeit nicht niedergelegt werden konnte, darf heute mitberücksichtigt werden. Mag aber die Schau auch eine persönliche sein, so bemüht sich der Verfasser gleichwohl darum, die jeweils beherrschende Gesamthaltung der Behörden zu berücksichtigen, denen er als Beamter verpflichtet war und deren Bestes er erstrebte. Auch lässt sich eine rastlose Trennung einer Referatschau von deren Gesamtarbeit niemals durchführen, da es immer wieder auf Wechselwirkung aller Referate ankam, die ihrerseits von wechselnden Sachbearbeitern betreut wurden. Endlich ist in diese Gesamtschau das wesentliche Material verwandter Sachgebiete einbezogen, soweit es für die Weltanschauungsfragen von Bedeutung war. Dies gilt besonders vom Presse-, Schriftums- und Erziehungsreferat, das gleichfalls ganz oder doch zum Teil dem Verfasser unterlag.

Der

Der Dienst des Weltanschauungsreferenten bedurfte freilich erst langer Bewährung, um im Reichen schwerster kirchenpolitischer Spannungen Vertrauen zu erwecken. Bald war der "zu kirchlich" angesehene Parteigenosse eine Hemmung des vorbehaltlosen nationalsozialistischen Aufmarsches in der Kirche +). Bald galt der "führende Deutsche Christ" als untragbar für die Konsolidierung einer bekenntnisgebundenen Kirche ++). Bald war der ausgesprochen lutherische Deutsche Christ den überkonfessionellen Nationalkirkhler in Behördenamt untragbar +++). Bald hiess es: "Lässt die Partei fallen, so ist auch Dein Amt in Gefahr". Demgegenüber galt es immer wieder festpersönliche Grundhaltung zu bewahren.

Etwas folgende Einstellungen zur nationalsozialistischen Weltanschauung waren in kirchlichen Kreisen zu beobachten:

- 1.) Der Nationalsozialismus ist nur darum und soweit der Kirche fremd, als ihm diese keine rückhaltlose Gefolgschaft leistete.
- 2.) Der Nationalsozialismus ist aus der Wurzel heraus eine antichristliche Weltanschauung und muss als Todfeind der Kirche bekämpft werden.
- 3.) Der Nationalsozialismus ist Gegner der Kirche, muss aber als weltanschauliches Element der Obrigkeit hingenommen werden. Die Kirche kann lediglich ihr Zeugnis daneben zum Ausdruck bringen.
- 4.) Die nationalsozialistische Obrigkeit ist verpflichtend. Der Kirche aber steht nicht zu, auf religiöse Verirrungen derselben korrigierend einzuwirken, da dies ein politisches Mandat wäre.

Demgegenüber glaubte ich aus meiner Erfahrung als alter Parteigenosse vom 1929 folgender Auffassung zur Geltung verhelfen zu müssen:

- 5.) Der Nationalsozialismus stellte in seiner ursprünglichen Haltung das "positive Christentum" als Element religiöser Selbsterprüfung heraus. Dessen Preisgabe führt zu hemmungslosem Blutmaterialismus. - Seit 1933 erlag aber die Partei einer Inflation des Freidenkertums. Angesichts ihres Totalanspruches sind die Folgen für Kirche und Volk unabsehbar. Darum muss die Kirche bedacht sein, dieser Entartung vorzubeugen und darf sich nicht aufs Abwarten beschränken. Als mir 1937 (?) nach meinem ersten Vortrag vom Ministerial-Direktor, späteren Staatssekretär K r i t z i n g e r auf der Reichskanzlei spontan die Frage gestellt wurde, welche Vorschläge ich dem nationalsozialistischen Staat für seine Religionspolitik zu machen hätte, wies ich auf etwa folgende Gesichtspunkte hin, die ich auch später

Politikern

- +) Auf Veranlassung des Ministerialdirektors Jäger wurde der Verfasser vom Reichsbischof April 1934 (bis Februar 1935) an das Evang. Konsistorium Magdeburg versetzt, später durch den Kirchenamt zurückberufen.
- ++) Auf Beschluss des altpreuss. Landeskirchenausschusses wurde 1936 des Verfassers Versetzung in ein Berliner Pfarramt betrieben, jedoch vom Reichsministerium f. d. kirchl. Angelegenheiten nicht gebilligt.
- +++) 1936 versuchte ein Vertreter der nationalkirchlichen Sitzung Deutsche Christen dem Verfasser zum Übertritt zu veranlassen und erklärte, gegebenenfalls seine Amtsenthebung beim Reichskirchenministerium zu erbitten. Dem Ansinnen wurde vom Verfasser nicht entsprochen.

Politikern unterbreitete:

1. Religion darf nicht Gegenstand nationalsozialistischer Totalität sein, sondern muss als Voraussetzung jeder, also auch der nationalsozialistischen Totalität gelten. Sie muss also aus eigenen Quellen strömen.
2. Positives Christentum kann politisch nicht näher bestimmt werden, setzt aber als politische Lösung voraus, dass die Begegnung des deutschen Menschen mit Christus in Erziehung und Schulung als eine positive Angelegenheit gewertet wird. Was der Einzelne aus dieser Begegnung macht, ob er evangelisch oder katholisch wird oder auf jede Konfession verzichtet, ist seine Privatsache.
3. Dem Ringen um die religiöse Wahrheit ist vom Staat freier Raum zu geben.
- 4.) Bemühung der Religion zu politischen Zwecken (politisieren des Christentum) ist staatlicherseits zu beanstanden.

Ofter begegnete mir die Frage, ob denn bei der fortschreitenden Entwicklung der nationalsozialistischen Weltanschauung kirchliche Vorstellungen noch am Platze seien, die man doch auf politischer Seite nicht hören wolle. Ich entgegnete darauf: Die Kirche dürfe nicht nachlassen zu sprechen, solange es noch Zeit ist.

I. Der Nationalsozialismus im Einsatz für die Reichskirche 1933 bis 1934

=====

Auf einer Besprechung mit führenden Deutschen Christen hörte ich den späteren Reichsbischof erzählen, wie er 1928 als Wehrkreispfarrer mit dem Führer bei einer Wanderung an der ostpreussischen Küste den Plan einer Reichskirche erörterte und wie der Führer davon beeindruckt war. Nach der Machtergreifung erhielt Ludwig Müller von ihm den Auftrag sie vorzubereiten.

Innerhalb der Partei hatten einzelne Vorkämpfer das Anliegen der Kirche herausgestellt +). Seit Februar 1932 waren sie in der "Glaubensbewegung Deutsche Christen" organisiert ++). Nach deren Wahlsieg im Sommer 1933 erfolgte die Begründung der Deutschen Evangelischen Kirche durch die erste Nationalsynode zu Wittenberg am 27. September 1933.

Die Existenz der Reichskirche wurde aber von vorn herein durch das ungelöste Problem von Religion und Weltanschauung bedroht, aus dem sich einerseits der Kirchenstreit, andererseits der Kampf gegen die Kirche ergab. Neben das Glaubensbekenntnis (Christus), das alle Welt verbindet, war das Lebensbekenntnis (Blut und Rasse) getreten, das alle Welt trennt. Das Verhältnis beider zu einander wurde im Kirchenstreit bzw. im Kampf gegen die Kirche durchgefochten. Ich sah hierin nicht nur ein "Pfaffengesänk" oder einen einmaligen politischen Fehler, sondern eine innere Notwendigkeit. Freilich beeinträchtigte die hochgespannte politische Situation mit ihrem Eiltempo sowie auch der Mangel an theologischer Verständnissbereitschaft eine gewissenhafte Erörterung.

Drei

+) Vgl. Dr. Wieneke, Christentum und Nationalsozialismus, Adler-Küstrin, 2. Aufl. 1931

++) Vgl. derselbe, die Glaubensbewegung Deutsche Christen, H. Madrasch-Soldin, 3. Aufl. 1933

Drei Auffassungen traten sich gegenüber

1. Gegenstand der künftigen Religionsgemeinschaft ist lediglich das weltverbindende Glaubensbekenntnis. Das welttrennende Lebensbekenntnis geht sie nichts an und gehört in einen anderen, den politischen Raum (Bekenntnisfront).
- 2.) Gegenstand der künftigen Religionsgemeinschaft ist lediglich das welttrennende Lebensbekenntnis. Das weltverbindende Glaubensbekenntnis geht sie nichts an und ist international bzw. jüdisch (Deutschgläubige).
3. Gegenstand der künftigen Religionsgemeinschaft ist sowohl das weltverbindende Glaubensbekenntnis als auch das welttrennende Lebensbekenntnis; denn der an Christus glaubende Mensch lebt gleichseitig in Blut und Rasse (Deutsche Christen).

Angesichts des Eintretens des Führers für die Deutschen Christen strömten Elemente der zweiten Gruppe massenweise der dritten zu, dem Gesetz der Konjunktur folgend und brachten sie in den Ruf der Irrlehre. Dr. Krauses Auftreten im Berliner Sportpalast +) schien diesen Ruf zu bestätigen und führte selbst unter den Deutschen Christen zu starken Auf- und Abspaltungen. Der Reichsbischof hielt es für geraten, für den Bekenntnisstand der Kirche einzutreten.

Daraufhin gab der Stellvertreter des Führers R. H e s s am 15. 10. 1933 den bekannten Toleranzerslass heraus, nach dem ein Nationalsozialist, auch wenn er keiner Konfession angehört, ein guter Parteigenosse sein könne. Nunmehr erfolgte in ständig zunehmendem Mass die Abwanderung der Deutschgläubigen von den Deutschen Christen. Gleichzeitig erstarkte die Bekenntnisfront. Ein Vermittlungsversuch des Führers Anfang 1934 schlug fehl. Der Führer drohte, die Kirche sich selbst zu überlassen. Die Bekenntnisfront organisierte eine "vorläufige Kirchenleitung" mit ihren Bruderräten und richtete selbst eigene theologische Prüfungen ein.

Meine erste Referententätigkeit im Kirchenamt vollzog sich in engster Fühlung mit den Deutschen Christen, bei denen ich als erster theologischer Sachbearbeiter der Reichsleitung bis zum Jahresende noch Einfluss hätte. Angesichts der deutschgläubigen Inflation ging es mir darum, vier Fundamentalanliegen herauszuarbeiten: 1. das Bekenntnis zum dreieinigen Gott, 2. unsere Stellung zum Alten Testament, 3. die Rechtfertigungslehre und 4. die Arierfrage. So schrieb ich noch im Sommer 1933 die "Deutsche Theologie im Umriss" ++), die in der Hossenfelderschen Bewegung/Erchien. Anderserseits brachte das Buch Bekenntniskreise zum Nachdenken und fand beachtlich Kritik 1934 in der Evang.-luth. Kirchenzeitung (etwa: Wenn das die Theologie der Deutschen Christen ist, dann liesse sich darüber reden.....).

/ Schulungsbuch wurde, freilich einigen auch zu konservativ erschien.

Ferner

+) Während die Richtlinien der Deutschen Christen von 1932 das Glaubensbekenntnis unangetastet lassen wollen, legt Krause die damals noch christlich gefärbten Ausführungen Rosenbergs zu Grunde, freilich mit deren Beseitigung des Alten Testaments und der Erlösung durch das Kreuz. Krause war zeitweilig für eine besondere Volkskirche, wandte dann aber ganz dem Christentum den Rücken.

++) E. M a d r a s c h , Soldin.

Ferner galt es Gespräche und Vorträge über Religion und Weltanschauung betg. Christentum und Nationalsozialismus zu halten. Auf Einladung Pfarrer Jacobis-Berlin kam ich in seinem Saal mit ihm Niemöller und einem dritten Bekenntnisfrontvertreter zusammen. Mit Niemöller hatte ich noch eine zweite persönliche Aussprache im Evangelischen Oberkirchenrat, nachdem unser Präsident Dr. Werner ihn vergebens von einer Kanzelabkündigung abzubringen versucht hatte. Trotz der brüderlichen Haltung des Gesprächs ergab sich keine Einigung zwischen uns. - Eine sehr schwere Aufgabe wurde mir im Herbst des Jahres als DC zuteil, als es galt Dr. Krauses Auftreten im Vortrag vor nationalsozialistischen Amtswaltern zurückzuweisen +). Ich musste hier als Nationalsozialist mit den Nationalsozialisten um des Christentums willen abrechnen; aber es gelang, den Stoss abzuwehren. - Noch schwieriger war eine zweite Aufgabe, auf einer DC-Tagung in Weimar die Gefahr der kirchenfeindlichen Entwicklung im Nationalsozialismus aufzuzeigen (Muckererlass Röhm, Ausspruch B.v. Schiele: Ich bin nicht evangelisch, ich bin nicht katholisch, ich glaube nur an Deutschland). Hier musste ich schärfste Verdächtigungen meiner nationalsozialistischen Kollegen von seiten Karl Eckarts und der Thüringer DC zurückweisen. Hossenfelder lehnte damals einen Zusammenschluss mit den Thüringer DC ab.

Eine beachtliche Anregung für die Reichskirche bedingte das in jener Zeit erarbeitete Volksmissionsprogramm, das aber infolge des Kirchenstreites nicht mehr zur Durchführung kam. 1934 konnte ich als Repräsentant des Magdeburger Konsistoriums dieses Anliegen weiter fördern und in der Schrift "Evangelische Volksmission im Dritten Reich", H. Madrasch, Soldin näher ausführen.

Der Reichsbischof, der dem Hossenfelderschen Aufmarsch von vorn herein fernstand und eigene Wege verfolgte (aber wiederholt wechselte ++), ergriff die Gelegenheit der Spaltungen im DC-Lager um seine Schirmherrschaft über die Glaubensbewegung niederzulegen und allein mit Hilfe des nationalsozialistischen Staates die Reichskirche weiter zu gestalten. Der Ministerialdirektor des für die Kirche zuständigen Kultusministeriums J ä g e r, wurde sein Berater. Jäger war namentlich durch Vorkänge der 1. Nationalsynode enttäuscht. Wie er mir einmal sagte, sei Hossenfelder damals schon ein "toter Mann" geworden, weil er in das geistliche Ministerium Dr. Schoeffel von der Bekenntnisfront aufnahm. Offenbar aber war Jäger auch unzufrieden, weil Dr. Werner und nicht er führender Jurist der Reichskirche geworden war. Inzwischen hatte Hossenfelder Jäger aus den DC ausgeschlossen.

Jäger unternahm nunmehr einen Versuch, die altpreussischen DC zu bewegen, dem Reichsbischof und ihm die Befugnisse des Kirchensenats zu übergeben. Er schlug fehl. Als bald veranlasste Jäger das Ausscheiden Hossenfelders auf 2 Jahre, die Beseitigung seiner Mitarbeiter in den führenden Stellen, wobei ich an das Konsistorium Magdeburg kam, die Absetzung des Oberkirchenrats-Präsidenten und weitere Rechtseingriffe, um die Eingliederung der Landeskirchen in die autoritär geführte Reichskirche zu sichern. Indessen fehlte die Rückendeckung beim Justizministerium. Dieser Umstand und der nicht nur bei der Bekenntnisfront wachsende Widerstand veranlasste Jägers Rücktritt.

In

+) Während der Sportpalasttagung weilte ich in Danzig.

++) Die Reichskirchenregierung "verpöbtete" (Meusel, Schirmmacher, Balzer), "versündete" (Fezer, Müller-Jena, Schumann-Halle), "verwestete" (Oberheid, Zahn, Bickelhaupt) und "vernordete" (Engelke, Christiansen, Langmann, Birnbaum).

In den letzten Monaten vor meiner Versetzung hatte ich als Referent eine Arbeit vorgenommen, die das Problem Religion und Weltanschauung zentral berührte. Reichsminister R u s t hatte zum 1. Januar 1934 das Landjahr verhängt. Es kam nun darauf an, einen Plan für dessen Religionsunterricht aufzustellen. Ich legte - in Ablehnung an frühere Erfahrungen in einer landwirtschaftlichen Winterschule - den Gang des Kirchenjahres zu Grunde. Dieser Weg fand aber keine Zustimmung beim Staat. Die Entwicklung, die 1942 zu den "Jahresfeiern" Rosenbergs führte, bekannte sich an. - Bemühungen um einen Plan für Religionsunterricht in der Berufsschule hatten bessere Aussichten angesichts der christlichen Haltung des (späteren Ministerialrats) Dr. Südhoff. Durch meine Versetzung aber kam die Arbeit zum Erliegen.

Der Reichsbischof schloss Anfang 1934 den Vertrag mit B.v.Schirach über die Eingliederung der kirchlichen Jugend in die Staatsjugend. Meine diesbezügliche Warnung wurde von ihm mit einem "Zu spät" beantwortet. Reichsjugendpfarrer Z a h n mußte bald erkennen, dass die NJ sich nicht an den Vertrag hielt, brachte dies B.v.Schirach in einem energischen Protest zum Ausdruck, verlor aber darüber sein Amt.

Frägt man rückblickend, warum die damaligen Bemühungen um eine Reichskirche scheitern musste, so glaube ich folgende Punkte herausstellen zu müssen :

- 1.) Das Problem Religion und Weltanschauung war in der NSDAP ungeklärt. Nach der Machtergreifung wurde die Lösung "positives Christentum" zusehends durch das völkische Freidenkertum abgelöst. Auch Rosenbergs Mythos beherrschte nur eine Minderheit. Rosenberg trat 1934 (?) aus der Kirche aus.
- 2.) Das Problem Religion und Weltanschauung war innerhalb der DC gefördert. Der gewaltige plötzliche Wahlzufluss aber hatte, verbunden mit seinen politischen Methoden, das innere Anliegen der alten DC-Kämpfer gefährdet. Auch liess deren Führung zu wünschen übrig.
- 3.) Die Gegner des Nationalsozialismus waren in der Kirche zu stark und schwächten die Partei ab.
- 4.) Die revolutionären Versuche der Jägerschen Kirchenpolitik gingen jeder inneren Förderung des Problems aus dem Wege, tasteten die Rechtsgrundlagen an und gefährdeten damit die legalen Grundlagen der 1933 errichteten Reichskirche.
- 5.) Der Reichsbischof suchte seine Autorität vom Staat, aber erst in zweiter Linie von der Kirche her zu begründen.

II. Die Kirchenausschüsse 1935 - 1936

Am 24. Januar 1934 wurde Rosenberg mit der Überwachung der gesamten geistigen und weltanschaulichen Schulung und Erziehung der NSDAP beauftragt. Damit begann für die Kirche eine neue Entwicklung. Die nationalsozialistischen Bemühungen um die Schaffung einer Reichskirche wurden von zentraler politischer Stelle fallen gelassen, die Kirche mehr und mehr als weltanschaulicher Fremdkörper angesehen. Trotz des Verbotes des Tannenbergbundes Ludendorffs, des Abrückens von der Dinterbewegung und der Auflösung der "Deutschen Glaubensbewegung" wurde der deutschgläubige Kurs in der Partei beherrschend. Die Kirche sollte zusehends auf den Weg politischer "ghettisierung" abgedrängt und möglichst aus dem Volkskörper ausgeschaltet werden.

Diesem

Diesem Kurs diente 1935 (16.7.) die Ernennung des besonderen Reichsministers für die kirchlichen Angelegenheiten Hanns Kerrl. Er wurde nicht mehr wie andere nationalsozialistische Minister der Reichsleitung der NSDAP zugeordnet und konnte darum den weltanschaulichen Apparat nur indirekt beeinflussen. Im Laufe der Jahre hat er nur ganz kurz und selten mit dem Führer sprechen können. Seine Versuche um eine Stärkung der Reichskirche waren schon aus diesem Grunde zum Scheitern verurteilt.

Er setzte Kirchenausschüsse ein mit der Aufgabe, in 2 Jahren eine Befriedigung der streitenden Gruppen herbeizuführen und eine Ordnung der Kirche zu betreiben. Die Leitung des Reichskirchenausschusses übernahm D. Zoellner die des altpreussischen Kirchenausschusses D. Eger. Den Reichsbischof veranlasste der Minister, sich der Ausübung seines Amtes zu enthalten.

Die Ausschüsse betonten, trotz ihrer staatlichen Autorisierung, dass Sie aus kirchlicher Verpflichtung handeln sollten. Die bemühten sich gleichsam, jenseits der weltanschaulichen Entwicklung Kirche zu schaffen. Damit wurde das eigentliche Zeitproblem umgangen. Dies führte zu einem Fehlschlag, der sich kirchenpolitisch und weltanschaulich geltend machte :

1. Kirchenpolitisch unterblieb die vom Minister gewünschte Befriedigung, denn die Gruppen, die das weltanschauliche Anliegen vom Glauben her ernst nahmen, wurden zurückgestossen. Ein von mir für die DC erbetenes Religionsgespräch wurde von D. Zoellner zugesagt, unterblieb aber. Die Thüringer DC wurden ohne Religionsgespräch vom Reichskirchenausschuss geradezu aus der Reichskirchengemeinschaft ausgeschlossen. Die Richtlinien der alten Glaubensbewegung DC von 1932 bezeichnete der Vorsitzende des altpreussischen Landeskirchenausschusses als Irrlehre. Nur mit der "Reichsbewegung" kam eine Verständigung zustande. Eine Absetzungsaktion führender DC folgte. - Andererseits gelang es nicht, die Bekenntnisfront als Gefolgschaft zu gewinnen. So zerrieben sich die Ausschüsse zwischen beiden kirchenpolitischen Extremen.
2. Weltanschaulich wuchs das Misstrauen der Partei. Diese war zwar bereits den Deutschgläubigen verfallen, wenn sich auch Rosenberg noch 2 Jahre zurückhielt +), innerkirchlich aber hatte sie in den DC ihre grosse Gefolgschaft. Vergebens warteten die Kirchenausschüsse auf ein energisches Ablassen antichristlicher Umtriebe politischer Stellen.

Naturgemäss musste meine amtliche Mitarbeit angesichts der Haltung der Ausschüsse zurücktreten, hatte doch der Landeskirchenausschuss sogar beim Minister meine Absetzung betrieben (ohne Erfolg) Noch unter dem Reichsbischof hatte ich einen Entwurf von Richtlinien für den Religionsunterricht, der auch im Reichserziehungsministerium bereitwillig aufgenommen wurde. Der Reichskirchenausschuss liess jedoch einen neuen Plan, ausarbeiten, der schon angesichts der weltanschaulichen Entwicklung keine Annahme fand.

In

+) Über diese mit der Ausschusszeit zusammenfallende Wartepause vgl. Rosenbergs protestantische Rompilger 1935, Vorwort !- Rosenbergs fernerer Gesinnungswandel kommt u.a. in seinem Buch "Der Weg der Juden im Wandel der Zeiten" zum Ausdruck, dessen 1. Aufl. von 1926 (?) noch christliche Ausführungen bringt, während diese in der späteren unterlassen sind.

In Übrigen sei der Übersicht halber auf folgende Arbeit in der Kirchenkanzlei zur Zeit des Reichskirchenausschusses hingewiesen, an der ich nicht beteiligt war

1. Begründung der Volkskirchlichen Arbeitsgemeinschaft sowie Hinigung der kirchlichen Verbände in der praktischen Arbeit, verbunden mit dem "Bildwerk der Deutschen Evangelische Kirche". Letzteres förderte auf dem Gebiete der Kunst die Wechselwirkung mit der Weltanschauung und brachte in der Folgezeit wertvolle Druckschriften zu den grossen Kirchenfesten heraus.
2. Veranstaltung kirchlicher Freiseiten für die Dozenten der pädagogischen Akademien.
3. Rundfunkbetreuung mit evangelischen Morgenfeiern.
4. Registrierung der weltanschaulichen Angriffe auf das Christentum. Von einer Sammelvorstellung wurde abgesehen, da die Bekenntnisfront mit einer wenig glücklichen Denkschrift zuvorgekommen war.

III. Nationalsozialismus und völkisches Freidenkertum.

Seit dem Rücktritt der Kirchenausschüsse konnte ich innerhalb des Weltanschauungsreferats für den Evangelischen Oberkirchenrat, seit 1938 auch für die Kirchenkanzlei in hohem Masse selbständige Arbeit übernehmen. Sie verband sich mit ungezählten Gesprächen, bei denen ich führende Staats- und Parteimänner auf die Notwendigkeit eines neuen Verhältnisses von Nationalsozialismus und Christentum, schon um der politischen Existenz unseres Volkes willen, hinwies. Das umfassende Material, das ich teils aus den Akten der Behörden, aber auch aus den zahlreichen Feststellungen der Deutschen Christen zur Kenntnis bekam, der Inhalt der weltanschaulichen Presse und Literatur und der Gesamteindruck der Gespräche verdichtete sich in meiner persönlichen Anschauung zu folgendem Bild:

Wird nach dem Grund der antikirchlichen Entwicklung der Partei gefragt, so weisen die einen auf die Haltung zahlreicher Kirchenväter gegen den Nationalsozialismus hin, die anderen auf die Stellungnahme vieler Parteiamtswalter gegen die Kirche. Indessen will der Nationalsozialismus programmässig das Christentum positiv vertreten und die Kirche, sumal die lutherische, den Staat bejahen und das Volkstum erhalten (vgl. das Beispiel der Volkdeutschen Kirchen, die in allen Fällen die völkische Blutprobe bestanden). Die merkwürdige Tatsache, dass sich die äusseren Veranlassungen gegeneinander richteten, obwohl die inneren Ursachen eigentlich auf einander zuführen mussten, erklärte ich führenden Politikern folgendermassen:

Es ist nach der Machtergreifung ein dritter Geistesfaktor in Erscheinung getreten, der ursprünglich weder mit dem Christentum noch mit dem Nationalsozialismus etwas zu tun hatte, das Freidenkertum. Auf der Linie Spinoza - Aufklärung - französische Revolution - Comte - Haeckel führte es einerseits zum marxistischen - jüdischen, andererseits zum biologisch-völkischen Freidenkertum. Der Nationalsozialismus übersand beide politisch, nicht weltanschaulich. Nach der Machtergreifung strömte der freidenkerische Geist trotz Erlösung der marxistischen Parteien und trotz Verbotes des Ludendorffs Pannenberg. Mythos boten einen Raum, da es sich um einen Massegeist handelte. Zunächst wurde noch um eine neue Religionsgemeinschaft (Deutsche Glaubensbewegung) gekämpft, dann die einfachere Lösung ausgegeben: Die nationalsozialistische Weltanschauung ist gleichseitig Religion bzw. ersetzt dieselbe. Die Inflation des Freidenkertums vollzog sich zunächst in den Gliederungen, die die wenigsten alten Parteigenossen aufwiesen,

bundes in die NSDAP. Weder die Deutschen Christen, noch Rosenbergs Mythos

aber

alten Parteigenossen aufwies, aber den meisten Zustrom aus dem Marxismus hatten aufnehmen müssen, vor allem in NSLB, dessen Mitglieder seit 1933 auch sonst einen gewaltigen Prozentsatz der nationalsozialistischen Amtswalter stellten. Die alten Kampfparolen gegen die Kirche erneuerten sich (radikale Trennung von Schule und Kirche, Gemeinschaftsschule ohne Religionsunterricht, Beseitigung des Schulflechtes usw.) Bald machten sich die Wirkungen der Parteipresse geltend. Die Losung des marxistischen Erfurter Programms, "Religion ist Privatsache", die Forderung der französischen Revolution; "Trennung von Kirche und Staat", das kommunistische Sprüchlein: "Nicht such das Leben gut/schön! Kein Jenseits gibt's, kein Wiederseh'n" erschienen im nationalsozialistischen Gewande. Das "Schwarze Korps" brachte eine Pfaffenkarrikatur mit Geldsäcken, deren Umschrift "Ein feste Burg ist unser Gold" ein Zitat des kommunistischen Juden Ohlwart war. Die Einrichtung von Jugend- und Eheweihen, die Kirchenausstrittspropaganda und Kirchensteuerdenagogie wiesen auf entsprechende Instinkte. Damit innerhalb der Partei sachlicher Widerspruch unterblieb, erfolgte ein Verbot der Aufnahme von Geistlichen und ein Doppelämterverbot für die kirchlich beamteten Laien. Immer häufiger war in den Eingaben die Befürchtung vor drohendem Nationalsozialismus ausgesprochen.

Von einer Mystik im Sinne Rosenbergs bzw. Meister Eckharts war nur bei einzelnen Parteivertretern und zuweilen in der politischen Literatur zu spüren. Der idealistische Überbau deutete hier noch auf die Erhabenheit der völkischen Idee, der materialistische Unterbau aber beherrschte die Wirklichkeit +).

Wie ich 1933 einem Verfall der Deutschen Christen durch die "Deutsche Theologie" vorzubeugen versucht hatte, so erstrebte ich ein gleiches für die NSDAP. durch ein Schulungsbuch "Charaktererziehung im Nationalsozialismus" ++). Es gelang hierfür noch bei der neu geschaffenen "Parteiamtlichen Prüfungskommission zum Schutze des nationalsozialistischen Schrifttums" den Unbedenklichkeitsvermerk zu erhalten, trotz der darin ausgesprochenen Kritik an Rosenberg. Besonders der Abschnitt "Religion und Totalität" hatte Anerkennung gefunden. Auf diese Schrift hin wurde mir von der Kommission mit anderen auf meinen Vorschlag hin Beauftragten die parteiamtliche Vorzensur für religiöses Schrifttum übertragen +++). Auch hielt ich von den hauptamtlichen Referenten der Kommission einen Vortrag über das Thema: Der Nationalsozialismus im Raume des Glaubens. Aber seit etwa 1938 übernahm das Amt Rosenberg die Aufgabe der religiösen Zensur. Damit änderte sich auch hier der Kurs in Richtung des Freidenkertums.

IV. Kirche und Nationalsozialismus 1936 bis 1938

Das Versagen der Kirchenausschüsse veranlasste das Reichskirchenministerium zu einem Kurswechsel. In diesem Zusammenhang gewann die "Nationalkirchliche Einigung Deutscher Christen" ++++) an Gewicht. Der Leiter ihrer Pfarrergemeinde Lic. Dr. Hohlwein wurde in die Kirchenkanzlei berufen und übernahm auch im Evangelischen Oberkirchenrat die nationalkirchlichen Belange.

Der Leiter der Kirchenkanzlei und Präsident des Evangelischen Oberkirchenrats Dr. Werner bemühte sich, die Beziehungen zur Partei aufzunehmen, die ja hinter dem Verhältnis von Staat und Kirche stand. Da der Staat offensichtlich nur Transformator war, die Partei aber weltanschauliche Stromquelle, liess ich mir 1937 den Auftrag zu meiner Reise nach München geben, an der auch Hohlwein teilnahm.

Wir

- +) H. Just. Min. Günter bemerkte mir gegenüber 1938 (?): "Wir leben in Zeitalter des öddesten Materialismus".
- +) H. Madrasch, Soldat 1936
- +) Ich hatte u. a. Deutlosers Lathardissertation u. Min. Dir. Jürgers kirchenpolit. Rechtfertigungsschrift zu begutachten.
- +) Ich sehe mit Erich Seeberg in dieser Bewegung eine spiritualistische Erscheinung

Wir besuchten etwa 7 Sachbearbeiter des Brauereihauses. Eine besondere Rolle spielte dabei ein den Kirchenbehörden zugegangenes "Kulturprogramm der SA", das unweidrig das Christentum als "fremde Weltanschauung" bezeichnete und Glockengeläut, Gottesdienste usw. abzulösen aufforderte. Dem Münchener Kulturreferenten war nichts davon bekannt. Obergruppenführer **H e r z e g** von der Obersten SA-Führung wusste Bescheid, erklärte aber auf unsere Kritik hin das Programm nur für einen Referentenentwurf. Charakteristisch war sein Vorschlag, es sei doch eigentlich unsere Sache, dem neuen Gottglauben ein Fundament zu geben. In übrigen galten unsere Bemühungen einer gründlichen Unterrichtung der Partei über die wachsenden Angriffe gegen das Christentum, die beginnende Entchristlichung der Schule, die Diffamierung der Theologiestudenten in Ns.D.St. B. und der Pfarrer, die damals bereits nicht mehr zur SA zugelassen wurden.

Wir stellten 3 Beobachtungen in München fest: 1. Man war durch unseren Besuch überrascht worden. Die Parteireferenten hätten sonst kirchliche Vertreter kaum empfangen und sie auf den Staatsapparat hingewiesen. 2. Man wurde den Eindruck nicht los, dass in den schönen abgeschiedenen Münchener Amtgebäuden ein Zug des weltfremden Illusionismus herrschte. 3. Es schien, als ob auch diese Referenten nicht unabhängig handelten.

Inzwischen begann noch einmal der Gedanke der Reichskirche Raum zu gewinnen. Der Führer hatte eine Kirchenwahl in Aussicht gestellt (1937?) Allein deren Ausgang hätte dem Ansehen des Nationalsozialismus Abbruch getan. Schon wurde innerhalb der Partei die Losung einer Wahlenthaltung laut. Ein Auftrieb der Bekenntnisfront wäre im Ausland gewiss politisch missdeutet worden. Die Wahl unterblieb jedenfalls. In zahlreichen Deutschen-Christen-Vorträgen bemühte ich mich damals, die Notwendigkeit einer Reichskirche lutherischer Prägung herauszustellen und ^{was} auch in einer Schrift +) auf diejenigen Ansätze Luthers hin, die der nationalsozialistischen Weltanschauung innerlich hätten dienen können: 1. Totalität (Voraussetzung sola fide), 2. Individualität (Gewissenshaltung, Führerprinzip), 3. Relativität (Sünde-Sonderung von Gott), 4. Sozialismus (Keine Werkstätigkeit ohne Gesinnung!) 5. positives Christentum. - Diese spezifisch lutherische Ausrichtung wurde von den Nationalkirchlern nicht geteilt. Sie glaubten durch eine überkonfessionelle Losung den Nationalsozialismus zu gewinnen. Hossenfelder schloss sich ihnen nach längerem Zögern an. Ich selbst ging ohne ihn den alten Deutschen Christen-Weg weiter. Ein nationalkirchlicher Druck auf meine persönliche Haltung, der mein kirchliches Amt bedrohte, änderte daran nichts.

Auf einem Religionsgespräch in Bad Godesberg 1938 wurde der Versuch unternommen, diejenigen Kirchenführer, die zum Nationalsozialismus ein positives Verhältnis hatten, zu sammeln. In diesem Zusammenhang erhielt das "Institut für die Erforschung und Beseitigung des jüdischen Einflusses in der Deutschen Evangelischen Kirche" eine halbamtliche Bedeutung. Auch bahnte sich dem "lutherischen Rat" gegenüber eine Konferenz der Landeskirchenführer an. Im übrigen hatte das Religionsgespräch nur geringe Nachwirkungen, da die Nationalkirchler ersichtlich nach dem Vorrang über ihre Gesprächspartner strebten und darum der religiösen Annäherung eine kirchenpolitische Spitze gaben. Zudem stellte sich heraus, dass der nationalkirchlichen Einung zwar noch einmal in Berlin vom Propagandaminister eine Sportpalastkundgebung gestattet wurde, dass aber gerade der thüringische Gen auch der

streng

Erscheinung des Christentums, wie solche Parallelen in der Kirchengeschichte aufweist. Kennzeichen: Überbetonung des heute wirkenden spiritus; Auflehnung gegen Kirche, Dogma und Geschichte, (alles dies Konkurrenz des spiritus). - nach Heilsgeschichte nur Symbol zur Gegenwart. Vgl. Leuthausers Wendung vom "gekreuzigten und auferstandenen Deutschland".

+). "Der kirchl. Auftrag der Dc", Verlag DC-Weimar 1937.

streng völkischen Deutschen Christen-Ausrichtung erklärten Widerstand entgegenzusetzen. Da der altpreussischen Kirche konnte ich Nachwirkungen von Godesberg nicht feststellen. In meinem Referat übte ich Zurückhaltung.

In der Folgezeit trat in den Kirchenbehörden der kirchenpolitische Einfluss überhaupt zurück. Das weltanschauliche Referat stellte sich ganz von selbst auf das Kernanliegen ein: Vertretung eines entschiedenen Christentums gegenüber dem weltanschaulichen Freidenkertum. Es war mir klar: Je deutlicher dieser Weg zu Tage trat, umso mehr erhöhte sich das Vertrauen zur Kirchenführung - über alle noch ungelösten Fragen des Kirchenstreites hinweg. Es wurde z.B. möglich, während die Landeskirchenführer noch in getrennten Lagern standen, die Sachbearbeiter aller Landeskirchen zu gemeinsamer Arbeit in der Kirchenkanzlei zu vereinen. Und immer wieder fanden sich Männer verschiedenster kirchlicher Richtung in unseren Dienstgebäuden ein.

Besonderes Vertrauen konnte ich damals durch einen Schritt gewinnen, dessen Notwendigkeit nicht mehr zu umgehen war. Ich nahm als alter Nationalsozialist in einer ausführlichen Denkschrift rückhaltlos Stellung der antichristlichen Wühlarbeit im nationalsozialistischen Staate und schloss mit den Worten: *Vedem consulat, ne quid detrimenti res publica capiat!* Die Denkschrift ging dem Staat und sämtlichen Landeskirchen zu. Hinsichtlich ihrer Wirkung hörte ich, dass die Staatspolizei, die mehrfach angegriffen war, zur Äußerung aufgefordert wurde. Schwierigkeiten erlebte ich angesichts der erdrückenden Wahrheit des Inhaltes nicht. Aber von einem Wandel der weltanschaulichen Entwicklung war nichts zu merken.

V. Der weltanschauliche Kampf gegen das Christentum bis 1939

a). Entkonfessionalisierung

Seit etwa 1937 tauchte die Losung "Entkonfessionalisierung" auf. Sie sollte offenbar vor der Öffentlichkeit den Plan der "Entchristlichung" verdecken. Auch wurde bei Referentenvorstellungen über antichristliche Angriffe von den politischen Stellen anfangs bemerkt, eigentlich wolle man nur den Katholizismus oder die Bekenntnisfront treffen. Aber es fehlte nicht an deutlicheren Zeugnissen. So machte das SA-Lied vom "Herbststurm" in SA und JH seine Runde und wurde auf kirchliche Beschwerde nur eine Zeit lang untersagt, in dem es heisst:

"Die Zeit verging und der Pfaffe blieb,
dem Volke die Seele zu rauben.
Und ob er's römisch, ob lutherisch trieb,
erlehrte den jüdischen Glauben."

Folgende Stappen der Entkonfessionalisierung seien genannt:

1. Entkonfessionalisierung der Ersziehung: Einsetzung eines besonderen Reichskirchenministeriums neben dem Reichserziehungsministerium, das seine geistliche Abteilung abgibt. Trennung des Lehreramtes von den Kirchenämtern, besonders dem des Organisten. Umwandlung der Bekenntnis- in Gemeinschaftsschulen, in denen Gebet und Religionsunterricht verfallen, der Gesangunterricht sämtliche Lehrbücher entchristlicht und christliche Symbole, Kreuze usw. entfernt werden. Sperrung der Schulräume für kirchliche Zwecke.
2. Entkonfessionalisierung des Parteiapparates. Aufnahmeverbot für Pfarrer, Sogenanntes "Doppelämterverbot" für kirchliche bzw. politische Amtsträger. Der Begriff "konfessionell gebunden" wird bereits dahin ausgelegt, dass für höhere Amtswalter Kirchenaustritt erforderlich ist.

3. Entkonfessionalisierung des Kalenders. Verbot, in den konfessionellen Grundkalender völkische Namen zu bringen. (durch meine Vorstellung bei der Partei-antlichen Prüfungskommission ausgesetzt). Zunehmende Aufsechtung der christlichen Zeitrechnung, Druck antichristlicher Kalender (erstes Beispiel Reichsbauern - kalender 1935). Verbot des Neukirchener Abreisskalenders.
4. Entkonfessionalisierung der Presse, vorbereitet durch Bildung konfessioneller Fachschaften. Verbot der kirchlichen Korrespondenzen an die profane Presse. Zunehmende Ausschaltung der christlichen Sonntagsgedächtnisse und der Berichterstattung über kirchliche Vorgänge.
5. Entkonfessionalisierung der Literatur. Sie ist erheblich schwieriger, da das deutsche Schrifttum weithin mit dem Christentum verbunden ist. 1938 ercheint die Verordnung 133, die den Buchhandel entkonfessionalisiert. Sie veranlasst meinen Besuch beim Präsidenten der Reichsschrifttumskammer Hanns J o h n s t und eine anschließende umfangreiche Eingabe des Evangelischen Oberkirchenrats. Die einstweilige Zurückstellung der Verordnung wird erreicht.
6. Entkonfessionalisierung der Kunst. Abhaltung deutscher Musikvereinigungen von der Pflege geistlicher Musik und Verbot an kirchliche Chöre, weltliche Lieder zu singen. Eine angebliche Übertretung dieses Verbotes führt zur staatspolizeilichen Beschlagnahme des Berliner CVJM-Heims für die SS! Abschaffung der Morgenchoräle deutscher Kurorchester. Umdichtung oder Beseitigung christlicher Weihnachtslieder bei öffentlichen, nicht kirchlichen Feiern. - Entkonfessionalisierung von Kunstausstellungen. - Entfernung christlicher Symbole in der Öffentlichkeit (Beseitigung des Kreuzes am Pyritzer Ehrenmal).
7. Entkonfessionalisierung des Theaters, besonders scharf in Dresden durchgeführt. Im Berliner Staatsschauspielhaus Fortfall des Osterchorals im Faust, des Auftretens des Pastors Moser in den "Räubern". - Die seitweilige starke antichristliche Tendenz im Film (Fräsennot usw.) wird auf eine eingehende Evangelische Oberkirchenrats-Vorstellung hin von der Reichsfilmkammer unterbunden.
8. Entkonfessionalisierung des Rundfunks. 1938 erfolgt die Übernahme der Auswahl der konfessionellen Rundfunkprediger durch den Staat +), kurz darauf völlige Aufhebung der christlichen Morgenfeiern, vor der Öffentlichkeit mit "technischen Gründen" bzw. einem "Wunsche der Konfessionen" begründet, wie mir persönlich mitgeteilt wird, auf Anordnung des Führers. Diese Massnahme erweckte stärkstes Befremden im Volk. Auch der Reichskanzlei gingen Massnahmen von Einsprüchen zu, wie mir dort mitgeteilt wurde.
9. Entkonfessionalisierung der Anstaltsseelsorge. Beschränkung seelsorgerlicher Besuche in Krankenhäusern, Strafanstalten usw. auf den Fall ausdrücklicher Willenserklärung. Ablehnung kirchlicher Seelsorge in Konzentrationslagern ++). Beschlagnahme von Anstalten der Inneren Mission für die NSV.
- 10! Entkonfessionalisierung der Rechtspflege. Gutachten von Pastoren werden nicht mehr eingefordert, Benachrichtigungen über Kirchenaustritt ergehen erst nach deren Rechtskraft. Dem Waisenkind wird nicht mehr Pflegschaft in einer Konfession verbürgt. Änderung der Eidesformel und Abschaffung des Kreuzes auf dem Gerichtstisch.
11. Entkonfessionalisierung der Öffentlichkeit. Verbot von Bibelplakaten, von kirchlichen Umzügen, von Waldgottesdiensten (bis auf die herkömmlichen) von

kirchlichen

+) Beauftragter desselben wird Landessuperintendent P r o p p e .
 ++) Bestanden hat Kurze Zeit nur Seelsorge im KZ-Lager Lichtenburg. Später wurden, wie man mir mitteilte, Amtshandlungen durch Häftlinge zugelassen.

Kirchlichen Veranstaltungen in Gast- und sogar in Privaträumen. Unterbindung eines grossen Teils der kirchlichen Anzeigen in Tageszeitungen und des Abdruckes von Bibelsprüchen in Todesanzeigen.- Planung des "Musterdorfes" ohne öffentlich erkennbare Kirche.

b.) Entjudung.

Bei Bearbeitung meines Buches "Charaktererziehung im Nationalsozialismus" erhielt ich Ende 1935 hinsichtlich der Judenfrage seitens der Parteiamtlichen Prüfungskommission die Auskunft: 1. Die Bezeichnung "antisemitisch" treffe für die nationalsozialistische Weltanschauung nicht zu, da diese provölkisch ausgerichtet sei. 2. Das Judenproblem sei für die nationalsozialistische Weltanschauung mit den "Nürnberger Gesetzen" (15.9.35) erledigt.

Diese Gesetze machten auch die Erörterungen über die Durchführung des Arierparagraphen in der Kirche gegenstandslos. Erhebliche Schwierigkeiten ergaben sich aber bei Judentaufen. Die für diese Aufgabe besonders geeignete Evangelische Judemission wurde staatspolizeilich verboten. Auch zur Bildung judenchristlicher Gemeinden kam es nicht. Einzelne Geistliche bemühten sich, den Juden zu helfen. Das seitweilig im Einvernehmen mit dem Staat arbeitende Büro des Pfarrers Grüber vermittelte Auswanderung evangelischer Juden nach Holland. Diese Arbeit endete mit Grübers Überführung in ein Konzentrationslager. Jahrelang blieben unsere behörlichen Bemühungen vergebens. Erst 1944 erfolgte Grübers Freilassung.- Auch der "Paulusverein" nichtarischer Christen sowie eine Berliner Volksschule für Judenchristen wurden geschlossen.

Anlässlich der Ermordung des Legationsrat vom Rath (7.11.38) ging die Partei zu einer Radikalaktion gegen die Juden über und trug die gesamte Angelegenheit weit über die Nürnberger Gesetze hinaus. Es erfolgte die Zerstörung der jüdischen Synagogen und Geschäfte sowie grosse Verhaftungswellen. Der NSLB benutzte diesen Anlass, schlagartig eine Niederlegung des angeblich verjudeten Religionsunterrichts zu betreiben. Der einmütigen Abwehr von Kirche und Elternschaft konnte sich Reichsminister Rust nicht verschliessen. Er erklärte den Religionsunterricht weiterhin als ordentliches Lehrfach und stellte Richtlinien in Aussicht.

Man muss dabei die Vorgeschichte des NSLB-Vorgehens beachten. Seit 1936 hatte die "Entkonfessionalisierung" Formen angenommen, die auch den Nationalsozialismus aufs schwerste belasteten. So entschloss ich mich 1938 zur Ausarbeitung einer Schuldenschrift, die das umfassende ^{erschreckende} Material meines Referats verarbeitete. Es sollte ein Spiegel sein, in dem ich als alter Parteigenosse die Charakterfrage aufwarf. Beseichnend war die Wirkung: Reichsminister Kerrl liess mir sagen, dass er den Terror nicht billige. Der neu ernannte Leiter der Reichsführerschule des NSLB Parteigenosse John aber teilte mir mit, er habe die Denkschrift der in Bayreuth geladenen Lehrergruppe vorgelassen. Sie habe trotz der gottgläubigen Haltung der Lehrer einen - Hochachtungserfolg für die Person des Verfassers erzielt (" das ist wenigstens ein Kerl !") - der Reichsminister für die kirchlichen Angelegenheiten musste sich nach der neuen Lehraktion davon überzeugen, dass auch die ernstesten Befürchtungen übertroffen waren. Nun galt es, dem Reichserziehungsminister nochmals einen Vorschlag von Richtlinien für den Religionsunterricht vorzulegen, damit er seine diesbezügliche Absicht erfüllen konnte. Es kostete eine gewaltige Vorarbeit, die Vertreter aller Landeskirchen zu einigen. Die vorbildliche Haltung der Parteigenossen Sautter vom Württembergischen Evangelischen Oberkirchenrat und Dr. Bauer vom Thüringischen Landeskirchenamt ermöglichte die Überwindung der Spannung bei den Extremen. Am schwierigsten war die Entscheidung über

die

die Behandlung des Alten Testaments. Man entschloss sich, den Volksschulen seine sammenhängende Betrachtung zu erlassen und Luthers Grundsatz "So weit es Christentum treibt" zu empfehlen.- Die Eingabe dieses Arbeitsvorschlages der Kirchenkanzlei kam dem Reichserziehungsminister gewiss unerwartet. Da der Minister sich in der Folgezeit aber nicht zur Veröffentlichung bewegen liess, erfolgte die Herausgabe durch die Kirchenkanzlei selbst als eine Empfehlung an die Lehrer.

Einer umfassenden "Entjudungsarbeit" widmete sich das wissenschaftlich von Professor Dr. Grundmann - Jena geleitete "Institut zur Erforschung und Beseitigung des jüdischen Einflusses in der Deutschen Evangelischen Kirche". Als Sachbearbeiter des Evangelischen Oberkirchenrats war ich zu einer seiner Arbeitstagungen geschickt. Ich stellte der Behörde folgende Bedenken heraus: 1. Der Name des Instituts leide unter der negativen Formulierung und erweckt falsche Vorstellungen über die Kirche. 2. Die Arbeit leidet unter einer ungelösten Frage: Was heisst "Entjudung"? Welches Element soll ausgeschieden werden? - Nicht die jüdische Vor- und Umwelt des Evangeliums, sondern der Pharisäismus musste hier genannt werden. Dann aber bleibt der Zugang zu den wahrhaft Frömmen des Alten Testaments in ihrer Unmittelbarkeit zu Gott gegenüber dem jüdisch-materialistischen Geist.

Die Einführung des Judensterns (1938) leitete zu den letzten Massnahmen des Staates über, die sich der Öffentlichkeit, entzogen. Angesichts der unüberwindlichen Schwierigkeiten (z.B. Kirchgang, Kirchensteuer) entschloss sich der Geistliche Vertrauensrat zu einer Feststellung, dass die Juden aus der Organisation der Deutschen Evangelischen Kirche ausscheiden. Der Evangelische Oberkirchenrat nahm von einer Veröffentlichung dieses Erlasses Abstand. Obnehin hörte die Judenfrage auf, innerhalb der Kirche ein praktisches Problem zu sein.

c.) Parteiamtliche Entchristlichung

Im Auftrag des Präsidenten des Evangelischen Oberkirchenrats besuchte ich 1938 den letzten (7) Reichsparteitag. Er zeigte die weltanschauliche Bewegung auf dem Höhepunkt. In seiner Kulturrede bemerkte der Führer, dass die Partei nicht im "mystischen Halbdunkel", sondern im Lichte des Tages handle und von Kulthandlungen abzusehen habe-. Am 30. 1. 1939 erklärte der Führer, dass er die nach Zehntausenden geschätzten volksverbundenen Gottesdiener unter seinen Schutz stellen wolle. Die folgende Entwicklung aber bewies, dass trotz wiederholter Entspannungserlasse des Führers die Entchristlichung des deutschen Volkes in der Partei zentrales weltanschauliches Anliegen blieb.

Wenige Tage nach dem Eintreten des Führers für die volksverbundenen Gottesdiener bemerkte der spätere Leiter der Parteikanzlei Bormann in einem amtlichen Rundschreiben: Die Pfarrer seien keine Gottesdiener. Was sie betrieben, sei nicht Gottesdienst, sondern Kirchendienst. Wie ernst diese Erklärung aufgenommen wurde, war sogar in der Presse zu spüren. So wurden der Kirchenbehörde Korrekturen kirchlicher Anzeigen gemeldet, in denen "Kirchendienst" und "Kinderkirchendienst" angezeigt wurden.

Unter den Parteiorganen, die am schärfsten die Entchristlichung des deutschen Volkes betrieben, ging das "Schwarze Korps" allen anderen voran. Seine ständige Beobachtung gehörte zu den Obliegenheiten des Weltanschauungsreferats. Denn darin wurde jeweils propagandistisch-aggressiv vorbereitet, was nachher durch staatliche Massnahmen durchgeführt wurde. Noch in erster Zeit meiner amtlichen Wirksamkeit hatte ich die Schriftleitung aufgesucht, aber in dem jüngeren d'Alquen einen Heißsporn kennengelernt, der für religiöses Empfinden unzugänglich war und betonte, dass sein Bruder ebenso denke wie er. - Immer wieder erhob sich die Frage, wie die Kirchenbehörden den ewigen Netzartikeln, Verzerrungen und Anprangerungen

begegnen

begegnen sollten +). Der Weg der Beschwerde beim Reichskirchenminister erwies sich als unzureichend, war doch selbst dem Justizminister schliesslich kein anderes Mittel geblieben, als in seinen Gesetzbüchern in etwa 15 nachgeprüften Ausführungen Unwahrheiten des Schwarzen Korps zurückzuweisen. Auch der gerichtliche Weg, der angesichts ungerechter Ehrabschneidung gegenüber einem württembergischen Pfarrer beschritten wurde, erwies sich als ungangbar und führte zu Verschleppungen. Als einzige Möglichkeit blieb nur wieder das persönliche Handeln. Ich liess in geeigneten Fällen Gegenaufsätze erscheinen, wofür sich dankenswert die "Kommande Kirche" - Bremen und Reventlows "Reichswart" zur Verfügung stellten. (Beispiel: Schwarzes Korps "Idealismus wofür?" Kommande Kirche; "Idealismus woher?")

Während die übrige parteiantliche Presse noch vorsichtig den Kurs der "Entkonfessionalisierung" betrieb, wurden stärkere, unmittelbar der Entchristlichung dienende Angriffe zunächst auf dem Wege des Schrifttums vorgetragen, das man jeweils bei lokalen Aktionen propagandistisch einsetzte. Als erstes Beispiel sei eine NJ-Schulungsschrift; Bolay, Deutschlands Werdegang erwähnt, in der Christus auf die Linie des Judentums und des Bolschewismus gerückt wird. - 1938 (?) erschien Börgers, Vom deutschen Wesen, eine Schrift, in der die Bibel als Verbrecheralbum bezeichnet und das Christentum mit kaum überbietbarem Hass verfolgt wird. Noch erreichte damals eine Eingabe des Evangelischen Oberkirchenrats an die Parteiantliche Prüfungskommission, dass der Schrift das Impressum "aufgenommen in die nationalsozialistische Bibliothek" entzogen wurde. Aber während des Krieges wurde eine neue Propagandawelle aufgeboten, um das Buch in Volk, Jugend und Heer zu verbreiten. Die stärkste parteiantliche Werbung setzte ein für die Broschüre von Friedrich Schmidt, Das Reich als Aufgabe. In dieser Schrift wurde als die entscheidende Zukunftsaufgabe nach dem Kriege die Beseitigung der Kirche herausgestellt. - In gleicher Linie bewegt sich die Tendenz der Literatur des Nordlandverlages, innerhalb derer die Holzner-Schriften wohl den Tiefstand erreichen. Eine der gehässigsten Schmähschriften war die anonyme Broschüre "Volk vor Gott", die während des Krieges erschien und wegen Beleidigung der Wehrmachtsseelsorge verboten wurde.

In der Umgebung Rosenbergs bemühte man sich um eine wissenschaftliche Aktion gegen das Christentum, wobei Theologen eine Rolle spielen, die der Kirche den Rücken gekehrt hatten. Nach Rosenbergs "Protestantischen Rompilgern", die mit der Bekennnisfront abrechnen, wendet sich Lic. Brachmann gegen das protestantische "Weltkirchentum", aber in einer Weise, dass damit das Christentum schlechthin abgeurteilt wird. Matthes Ziegler stellt 1939 das Christentum als die grosse Illusion heraus. - Unter Brachmanns Leitung entstand an der Universität Halle-Wittenberg eine "Hohe Schule" für Religion, in der u. a. künftige Lehrer ihr Rüstzeug erhalten sollten.

Verschiedene Methoden der Entchristlichung laufen von nun an neben einander her oder lösen sich ab, bald die Verächtlichmachung in Druck und Wort, bald der sachliche oder gar wissenschaftliche Angriff, daneben das freilich wenig durchschlagende Mittel des Totschweigens. Daber alles auf das Handeln des Staatsapparates ankommt, werden in den einzelnen Gauen Experimente zugelassen, deren Abwehr gewaltigen

Arbeitsaufwand

- + Die Arbeitsmethode des Blattes wurde besonders deutlich im Kriege, als der Brief eines Frontsoldaten an einen Superintendenten veröffentlicht wurde, der dessen Antsührung"blosstellte. Die Kirchenkanzlei stellte durch Umfrage im ganzen Reich fest, dass niemand diesen Brief erhalten hatte.

Arbeitsaufwand bei den Kirchenbehörden erfordert.

1. In Württemberg versucht Kultusminister Mergenthaler mit schärfstem Partei-
druck den Religionsunterricht durch einen Weltanschauungsunterricht zu ersetzen,
dessen Plan gottgläubig eingestellt ist. Landesbischof D. Wurm organisiert, von
der Kirchenkanzlei unterstützt, die Abwehr. Nur etwa 8 v.H. Kinder werden vom Reli-
gionsunterricht entzogen. Das Zusammenwirken mit dem württembergischen Landes-
kirchenrat Sautter ist für mich das Beispiel verbildlicher Wechselwirkung des Refe-
renten der Reichs- und Landeskirche geblieben.

2. Im Freistaat Sachsen versucht das Staatsministerium zunächst einen gottgläu-
bigen Religionsunterricht einzuführen. Der Plan wird dann in Richtung auf einen
Weltanschauungsunterricht gewandelt. Das Reichserziehungsministerium unterbindet
ihn - nach den württembergischen Erfahrungen -, verhindert aber nicht, dass der
christliche Religionsunterricht überhaupt eingestellt wird. Reichsstatthalter Mutsch-
mann lässt durch das staatlich eingesetzte Kirchenregiment den kirchlichen Reli-
gionsunterricht auf 2 Jahre, den Konfirmandenunterricht auf ein halbes Jahr be-
schränken +).

3. In Oesterreich wird nach der Eingliederung durch den Schaldezernenten Mini-
sterialrat Krüger ein Muster des stark verkürzten "Konfessionsunterrichts" in Sam-
melklassen mit nach unten begrenzter Teilnehmerzahl geschaffen. Vom Reichser-
ziehungsminister erfahre ich, dass alle Einsprüche der hart betroffenen Diaspora-
kirche gerade hier zwecklos sind. Krüger wird später Dezernent für die kirchlichen
Angelegenheiten in der Parteikanzlei.

4. In Pommern erklärt Gauleiter Schwede - Coburg nahezu die ganze Pfarrerschaft
für politisch unzuverlässig. Er verbietet kirchliche Anzeigen in den Tageszei-
tungen trotz Erlaubnis des Propagandaministers und sperrt die Schulräume für den
Konfirmandenunterricht. Durch den Präsidenten des Evangelischen Oberkirchenrats
werde ich als Sonderbeauftragter für Pommern ernannt und unterhandle mehrmals mit
dem Gauleiter und seinem Stab. Daneben bereise ich sämtliche Superintendentenkonvente
und erhalte ein Bild vom Verhalten der Partei. Dies ermahnt mich zur Vorsicht.
Schwede-Coburgs briefliches Ansinnen, den Konsistorialpräsidenten D. Wahn abzu-
setzen, lehne ich ab. Hinsichtlich der Presseanzeigen und der Schulraumfrage folgt
ein geringes Nachgeben des Gauleiters.- Eine von der Partei betriebene Kirchenaus-
trittsaktion in Demmin, wird durch eine vom Superintendenten Dr. Achterberg ver-
anstaltete, von mir eingeleitete Volksmission zum Stillstand gebracht. Der Gau-
leiter sperrt daraufhin der Kirche alle öffentlichen Säle. Doch wiederholen sich
die Aktionen nicht.

5. In Thüringen ruft Reichsstatthalter Sauckel zur Veranstaltung von Partei-
feiern am Sonntagvormittag auf. Der Erfolg ist gering ++).

6. In Mecklenburg versucht Reichsstatthalter Hildebrand schlagartig die gesamten
Anstalten der Inneren Mission an die NSV zu überführen. Landesbischof Schulz, dem
Hildebrand übrigens früher einmal das Angebot gemacht hatte, die ganze Kirche
deutschgläubig an den Staat zu überführen, wehrt den Schlag mit Unterstützung aller
mecklenburgischen Pfarrer ab.

Es

+) Diese von der Geistlichkeit als völlig untragbar empfundene Regelung beschäf-
tigt die Kirchenkanzlei Jahre hindurch. Ich selbst fuhr nach Dresden. Der Landes-
kirchenleiter wies auf den Druck Mutschmanns hin. Der Leiter des Staatsministeriums
erklärte sich für unsuständig. Mutschmann teilte mir mit, er könne mich während
des Krieges nicht empfangen. 1944 verfasste der Geistliche Vertrauensrat eine Ein-
gabe, deren Ergebnis unbekannt blieb.
++). In Berlin belegt die Partei Kurs darauf die Sonntagvormittage mit Kinoverfüh-
rungen, die indessen- schon wegen der "abgesplitten Filme" - wenig ansprechen.

- Es seien in diesem Zusammenhange noch Einzelhandlungen angeführt, die unsere Refe-
rate in diesen Jahren recht erheblich beschäftigten und deutlich die allgemeine
Tendenz bestätigen:
- Beschlagnahme des Braunschweiger und des Quedlinburger Doms für die SS.
- Ersetz des Kreuzes auf der Wartburg durch das Hakenkreuz seitens der SA (vom Führer
rückgängig gemacht).
- Wiederholte Aufhebung der theologischen Fakultät in Leipzig durch den Reichsstat-
thalter (vom Reichserziehungsminister rückgängig gemacht.)
- Verbot von Ausflügen des Kindergottesdienstes.
- Verbot von christlichen Laienspielen in Pommern.
- Behinderung von Schulanfängergottesdiensten und von Schulgottesdiensten am Refor-
mationsfest.
- Verbot christlicher Zeitschriften und Traktatliteratur.
- Beanspruchung der alleinigen "Menschenführung" durch die NSDAP.
- Herabsetzung des Pfarrers in seiner Eigenschaft als Erzieher durch einen Polizeier-
lass, nach dem ihm nicht wie anderen Jugenderziehern das Recht zusteht, nach
21 Uhr Jugendliche zu betreuen. Bescheid des Chefs des Reichssicherheitshaupt-
amtes auf Beschwerde des Deutschen Pfarrervereins: Pfarrer erziehen nicht für das
Volk, sondern fürs Jenseits.
- Erläss des Reichsinnenministers, wonach an Stelle der religionsstatistischen Angabe
"Dissidenten" "gottgläubig", oder "glaubenslos" tritt. Da die Bezeichnung "gott-
gläubig", wie mir mitgeteilt wurde, auch konfessionslose Juden gebrauchen, wird
sie später durch den Leiter der Parteikanzlei politisch begrenzt.
- Der Kampf der nationalsozialistischen Weltanschauung gegen das Christentum führte
gleichwohl zu einem unerwarteten Volkszählungsergebnis im Mai 1939. Danach ergaben
sich etwa 95 v.H. Kirchenangehörige, etwa 3,5 v.H. Gottgläubige, etwa 1,5 v.H. Gläu-
benslose. Der Reichsminister für die kirchlichen Angelegenheiten liess dieses für
die Kirchen unerwartet günstige Ergebnis in farbigen Karten dargestellt anderen
Staatstellen zugehen.

VI. Die Entwicklung in der ersten Kriegszeit 1939 bis 1941
=====

Während der Kriegsbeginn 1914 von einem gewaltigen religiösen Erlebnis begleitet war, herrschte 1939 das politisch-weltanschauliche Wollen vor. Die Kirchen wurden kaum wesentlich berührt, ihre Gottesdienste nur normal besucht. Anfänglich bestand Grund zu der Annahme, die Kluft zwischen Religion und Weltanschauung würde durch den Krieg überwunden werden. Die starke Bereitwilligkeit der gesamten Pfarrerschaft, dem Staat vorbildlich zur Seite zu treten, der in kurzem gewaltig anwachsende Prozentsatz der evangelischen Theologen im Heeresdienst und die vorbildliche Haltung völkische des deutschen Luthertums in Polen, die selbst das Schwarze Korps anerkennen musste, liess wenigstens auf einen Bürgfrieden hoffen. Wenn sich schon nach wenigen Monaten die Anzeichen einer neuen Angriffswelle bemerkbar machten, so darf man sie auf Folgendes zurückführen:

Der starke Anfangserfolg des Krieges liess die religiöse Besinnung zurücktreten.
2. Der weltanschauliche Kurs war bereits so einseitig festgelegt, dass ein bei längerer Kriegsdauer wahrscheinlicher Auftrieb der Kirche von von herein wahrscheinlich gemacht werden musste. Jedenfalls begann die Angriffswelle mit einem parteiantlichen

Hinweis

Hinweis an die NSV, sie solle sich der Kriegesopfer besonders annehmen und verhindern, dass die Kirchen hervortreten, die die Gelegenheit des Krieges benutzen wollten, um ihren Einfluss zu stärken. Etwa gleichzeitig wird die Behinderung von "Kriegsbetstunden" gemeldet. Dann setzen Schwierigkeiten der Zensur kirchlicher Druckschriften ein. Einzelne Missgriffe geben Veranlassung, nahezu sämtliche Vervielfältigungen für Soldaten zu verbieten und damit die Verbindung der Geistlichen mit den Soldaten ihrer Gemeinden lahmzulegen.

Die Hoffnung auf eine Vermittlung durch das Oberkommando der Wehrmacht erwies sich als trügerisch; es stellte sich bald dessen Ohnmacht heraus. Der Generaloberst Fromm erklärte sich mir gegenüber für unzuständig, der Chef des Oberkommandos Generalfeldmarschall von Keitel äusserte sich, einem Schreiben an mich ähnlich, der Berliner Polizeipräsident Graf Heildorf, bei dem ich lange vor seinem Ende zu tun hatte, urteilte, die Generale seien bis auf wenige Ausnahmen Kriegstechniker ohne entschiedene persönliche Einstellung +). Der Feldbischof hatte mit dem Anliegen der Militärseelsorge, die übrigens auf die Waffen-SS nicht übertragen wurde, so viel Schwierigkeiten zu bestehen, dass er dem zivilen Sektor der Kirche wenig Beistand leihen konnte.

Bei den Zivilbehörden spürte ich in Referentenaussprachen, wie stark verschiedene Beamte mit der Kirche empfanden und deren Verfolgung im Kriege bedauerten. Dies war besonders im Reichskirchenministerium zu merken, obwohl sich hier angesichts des Widerstandes der Parteistellen allmählich Resignation einstellte. Im Reichserziehungsministerium hatte sich der langjährige Sachbearbeiter für den Religionsunterricht, wie er mir vertraulich mitteilte, von seinem Auftrag entbinden lassen. Sein Nachfolger, dessen Kinder den Kindergottesdienst besuchten, war ersichtlich aber vergebens um die Erhaltung des Religionsunterrichts bemüht. Der Ministerialdirigent hielt ganz zur Kirche, der Ministerialdirektor verhielt sich in Rahmen seiner Instruktionen loyal, betonte aber einmal in einem persönlichen Gespräch, die Lage der Kirche werde sich in einem langen und schweren Krieg bessern. Auch Staatssekretär Pfundtner vom Reichsministerium des Innern versicherte mir gegenüber die Loyalität des Reichsministers Dr. Frick. Beim Staatssekretär Kritzinger von der Reichskanzlei fand die Kirche stets ein offenes Ohr. Aber gerade hier spürte ich die gewaltigen Hemmungen, die auch höchsten Beamten durch die Parteileitung in Sachen der Religion bereitet wurden.

Im Juni 1941 traf die Kirche der erste schwere Schlag während des Krieges. Der Reichsminister für Volksaufklärung und Propaganda verfügte die Stillegung der gesamten christlichen Volkspresse. Wenn man bedenkt, dass die Einrichtung der zahllosen kirchlichen Gemeindeblätter auf die Bedürfnisse des ersten Weltkrieges zurückging, so kann man die Massnahme in ihrer Tragweite beurteilen. Von jetzt an wurde es Brauch, die antichristlichen Verordnungen vor der Öffentlichkeit als Kriegsnöwendigkeiten zu begründen. Für den vorgenannten Fall hob man die Notwendigkeit der Papiereinsparung hervor. Einwendungen und Gegenvorschläge der Kirche, die an Dringlichkeit nichts zu wünschen übrig liessen, schlugen fehl. Reichsminister Dr. Goebbels übersandte dem Geistlichen Vertrauensrat, ohne ihn zu empfangen, eine schroffe Ablehnung.-

Zu gleicher Zeit setzte dagegen eine Flut von Hetzereien und Anprangerungen gegen das Christentum in der nationalsozialistischen Presse ein, die umso skrupelloser vorgetrieben wurden, als der Kirche keine Möglichkeit gedruckter Rechtfertigung blieb. Das Schwarze Kops ging voran, andere Blätter sowie das Schrifttum verfielen

in

+) Einmal hatte ich Gelegenheit, persönlich zur Frage der geistigen Schulung der Offiziersanwärter beizutragen. Diese sollten über die Religion antichristlich unterwiesen werden. Der vorgelegte Plan erweckte Anstoss. Ein christlicher Gegenvorschlag sollte eingereicht werden. Hierfür arbeitete ich ein Muster aus.

in einem entsprechenden Ton. Hand in Hand wirkten damit die Propagandaredner der Partei.

Selbst der am 22. Juni 1941 einsetzende Kampf gegen den Bolschewismus gebot dem Treiben keinerlei Einhalt. Es traf dabei bezeichnend zusammen, dass der Führer angesichts dieses Kriegsbeginns das deutsche Volk zum Gebet aufrief und unmittelbar darauf Reichsminister Rust das Schalgebet als eine unerwünschte Angelegenheit erklärte. In einer ernsten Vorstelligung der Kirchenkanzlei wurde daran erinnert, wie der erste von der NSDAP gestellte Kultusminister Dr. Frick in Thüringen gegenüber dem glaubensfeindlichen Marxismus einst das christliche Schalgebet eingeführt hatte.

Wie sehr sich die nationalsozialistische Weltanschauung gegenüber ihrer ursprünglichen Einstellung zum gottlosen Bolschewismus geändert hatte, bewies die Entwicklung im Warthegau. Hier sollte ein nationalsozialistischer "Musterbau" entstehen. Dabei wurde die Religionspolitik nach folgenden Gesichtspunkten begeben: Abtrennung des Gaus vom Aufgabenbereich des Reichsministers für die kirchlichen Angelegenheiten, demnach der Besetzung die auch seit 1918 treu aufrecht erhaltene Verbindung mit der altpreussischen Mutterkirche anerkannt hatte +) Aufhebung der in ihrem Deutschtum bewährten Konsistorien. Einrichtung von Kirchen privaten Rechts mit Eintrittserklärung ihrer Mitglieder bei Volljährigkeit. Verbot der Kollekten. Beschränkung der Gottesdienste auf kirchliche Räume. Verbot der kirchlichen Mitarbeit von Laien. Beseitigung des staatlichen Religionsunterrichts (etwa zu gleicher Zeit wie dieselbe Massnahme in der russischen Besatzungszone Polens erfolgte). Starke Beschränkung der kirchlichen Religionsunterweisung. Bevorzugung konfessionell nicht Gebundener bei Siedlungen und Posten aller Art. Versuche der Abforderung eidesstattlicher Versicherungen betr. Kirchenaustritte Propagierung des Musterdorfs ohne Kirche. Genehmigungspflicht beim Amtieren von Theologen aus dem Altreich. Verbot von Karfreitagsgottesdiensten, .

Die Abwehr der Kirchen erfolgte unter Anteilnahme des gesamten deutschen Protestantismus. Denn die Durchführung dieser Massnahme bedeutete das Vorbild für Reformen im Altreich. Kirchenkanzlei und Evangelischer Oberkirchenrat stellten sich hinter die gefährdeten Kirchengebiete. Die vom Staat geforderte Satzungsannahme unterblieb.- Angesichts der sehr schwierigen amtlichen Auseinandersetzungen versuchte in einem persönlichen Schritt beim Reichsstatthalter Greiser. An seiner Stelle sagte mir sein Stellvertreter, es war Ministerialdirektor Jäger - eine Unterredung in Berlin zu. Ich bemühte mich, ihm als alter Parteigenosse die Unhaltbarkeit der Warthegausmassnahmen auch nach der weltanschaulichen Seite klarzulegen ++). Nur geringe Erleichterungen ergaben sich für die Zukunft. Ferner besuchte ich auf Einladung der Konsistorien die Pfarrerkonvente in Posen (D. Blau) und Litzmannstadt (D. Kleindienst) und sprach über die kirchliche Stellung zu den weltanschaulichen Problemen.- Im Laufe der Jahre gingen den Kirchenbehörden

namentlich aus den Kreisen der meist frommen Rückwanderer bittere Klagen über "bolschewistische Methoden" zu. Als der ostpreussische Gauleiter Koch in einem völkischen Beobachter-Aufsatz: "Die Ungaine in ihrer Bewährung" die Greuel der Bolschewisten im rückeroverteten Gebiet gegen die dortige christliche Religionsübung beschrieb, druckte die "Litzmannstädter Zeitung" den Aufsatz unter Auslassung

dieser

+) Diese Anerkennung war auch auf den Litzmannstädter Bezirk ausgedehnt.
++). Religiöse Toleranzpflicht, deutsche Ehre der Konsistorien und ihrer im völkischen Kampf bewährten Vertreter, Kurzsichtigkeit gegenüber Rom. Verletzung der Glaubenspflicht des allgemeinen Priestertums, Missachtung der religiösen Erziehung.

20

dieser Schilderung/en ab.- Auf eine eingehende Vorstellung des Geistlichen Vertrauensrates in Angelegenheit des Verhältnisses zu dem Reichsminister und Ober der Reichskanzlei wurde schliesslich festgestellt, dass die grundlegenden Massnahmen im Einvernehmen mit dem Führer ergangen seien.

Im Herbst 1941 schien eine günstige Wendung bevorzustehen. Der Reichsminister des Innern hatte bekanntgegeben, es entspreche dem Willen des Führers, dass unnötige Spannungen in der Kirche unterblieben. Die folgenden Monate aber brachten eine alles bisherige Mass übersteigende Flut von Angriffen und Hetzreden auf. Nur trat an Stelle der Öffentlichkeit vielfach die Heimlichkeit. So wiederholte sich oft die Wendung: Jetzt heisst es stille sein, nach dem Kriege aber wird mit der Kirche Schluss gemacht.- Ich stellte die vielleicht umfangreichste Materialsammlung der verschiedenen Ausschreibungen zusammen. Es konnte ihr im Unterschiede zu früheren Denkschriften deutlich entnommen werden, dass ein einheitlich organisiertes Handeln der NSDAP zu Grunde lag. Der Geistliche Vertrauensrat leitete diese Denkschrift an die Reichskanzlei weiter. - Gegen Ende 1941 entschloss ich mich zu einer Vorstellung bei Prof. Dr. Baumler, den philosophischen Berater des Amtes Rosenberg, und unterbreitete ihm ein Bild der Gesamtlage. Dieselbe hatte sich insofern zugespitzt, als unter dem Namen des Leiters der Parteikanzlei Bormann ein Rundschreiben über dessen persönliche Stellung zu Kirche und Christentum bekannt geworden war, in dem das Gebet, die Ewigkeitshoffnung usw. scharf abgelehnt werden. Baumler bezweifelte die Echtheit dieses Schreibens, auch die des damals auftauchenden streng katholisch gehaltenen Moeldersbriefes und riet mir, beide Schriftstücke vom Amte Rosenberg prüfen zu lassen, was ich auch veranlasste. Im Februar 1942 erschien von Seiten des Amtes eine Anweisung, die die Angriffe gegen das Christentum einzustellen aufforderte, freilich mit dem Vermerk, dass sie den Geistlichen erst Anhalt gäben, den christlichen Glauben zu verteidigen. Die Reichspropagandaleitung der NSDAP schloss sich diesen Weisungen an. Im weiteren Verlauf dieses Jahres erfolgte noch ein uns unbekannter Schritt des Führers, der im besonderen Beschlagnahme kirchlichen Eigentums ohne seinen Willen untersagt. Alle diese Entspannungsversuche hatten nur äusserliche Folgen.

VII. Schwere Wirkungen des Abfalles vom Christentum im Krieg

1942 bis 1943

Der Abfall vom Christentum hatte inzwischen die Formen eines kaum verhüllten Kulturkampfes angenommen. Der Reichserziehungsminister hatte Schritt für Schritt dem Feindertum nachgegeben. 1941 erfolgte schlagartig die Aufhebung des Religionsunterrichts in den Oberklassen der höheren Schulen, wiederum mit einer kriegstechnischen Begründung. Vergebens erhob die Kirchenkanzlei ihre Stimme in einer besonders eindringlichen Vorstellung. Dann veranlasste der Minister den Abbau der Religionslehrerprüfung.- Als in einer Eingabe des Evangelischen Oberkirchenrats darüber geklagt wird, das seitens der Lehrerschaft noch immer hartnäckig und heimlich den Kindern der Glaube angetastet wird, fordert der Minister Material. Der Präsident beauftragt mich mit der Zusammenstellung. Der Referent des Ministeriums schlägt dem Minister daraufhin vor er möge die Lehrer veranlassen, mit Rücksicht auf den 24. Punkt des Parteiprogramms und den Kampf gegen den Bolschewismus, Zurückhaltung zu üben. Der Minister aber gibt seinen Entwurf mit einem charakteristischen Randvermerk zurück, es sei dem Oberkonsistorialrat Dr. Wieneke mitzuteilen, dass er als

Staatsmann

Staatsmann nicht in der Lage sei, während des Krieges vor der Öffentlichkeit den Eindruck zu erwecken, dass derartige Differenzen in der deutschen Erziehung bestehen.

Im Laufe des Jahres 1941 machten sich Anzeichen einer das christliche Volksempfinden schwer verletzenden neuen Sexualauffassung geltend. Wieder wirkten das "Schwarze Korps" als Wegbereiter. Die Kriegesterblichkeit solle durch Kindererzeugung auch ausserhalb der Ehe ausgeglichen werden. Ein Erlass Himm- lers an die Waffen-SS erweckte schwere Beunruhigung bei den Soldaten um ihre heimgeliebenen Bräute und Schwestern und musste im Einvernehmen mit dem Ober- kommando des Heeres korrigiert werden. In milderer Form nahm Rudolf Hess in seinem "Brief an eine junge Frau" das Thema noch einmal auf. Ich brachte ihm in einem Schreiben meine Bedenken zum Ausdruck und fügte als Anlage einen Auszug des Kapitels "Sexualität und Ehe" aus meinem Buche "Charaktererziehung im Nationalsozialismus" bei. Gerüchte über die Organisation "Lebensborn" lies- sen erkennen, wie tiefe Erregung im Volke bestand. Im "Schwarzen Korps" schwank- te die Propaganda; bald galt die uneheliche Geburt als vaterländische Tat, bald ward der Schutz der Familie vorangestellt.

Die Behandlung der Juden überschritt während des Krieges jedes erträgliche Mass. Die 1933 Bestgehassten waren Gegenstand allgemeinen Mitleides geworden. Auch nur geringste Versuche der Kirchenbehörden, nichtarische Christen vor Übermässigen Mäkten zu bewahren, wurden aufs schroffste abgewiesen. Der furcht- bare Eindruck des sterben Ghetto in Litzmannstadt, zu dem mich der dortige Kirchenleiter führte, erschütterte die christlichen Volksdeutschen aufs tiefste.

Unmittelbar berührt wurde die Kirche, im besonderen die Innere Mission, durch die Euthanasiemassnahmen. Im Jahre 1942 (?) wurde ein Massensterben von Geistes- kranken bekannt, zunächst gerüchtweise, dann durch vertrauliche Angaben. Ange- sichts des Eltempos der Massnahmen entschloss ich mich zu einem persönlichen Schreiben an den Reichsminister der Justiz Görtner, der mich sofort zum Vortrag empfing. Er beteuerte, dass sein Ministerium völlig unbeteiligt sei. Nun wandte ich mich an den Reichsminister des Innern, Dr. Frick, und wurde von dessen Staatssekretär Pfundtner empfangen. Er versprach, seinen Minister zu unterrich- ten. Der Geistliche Vertrauensrat wandte sich in einer Vorstellung an die Reichs- kanzlei und legte eine vom Missionsinspektor Pastor Braune von der Innern Missi- on verfasste Denkschrift mit dem konkreten Material vor. Braune wurde unmittel- bar darauf verhaftet - wie ich durch die Staatspolizei erfuhr "aus anderen Grün- den" - und erst nach Monaten freigelassen. Die Euthanasiemassnahmen gingen nun zurück.. Der inzwischen gedrehte Film "ich klage an" konnte die Stimmung des Volkes nicht wandeln.

Während damals der Ruf der Justiz im allgemeinen noch unangestastet war, stand das Volksempfinden der Staatspolizei als einem unheimlichen und unkontrollbaren Tscheke-Unternehmen gegenüber. Seit etwa 1938 war mir der stillschweigende Auftrag in den Kirchenbehörden zugefallen, den Einzelfällen nachzugehen, die im normalen Behördenweg nicht mehr zu fördern waren.- Im Falle Niemöller war an Hilfe nicht zu denken, da es sich gewissermassen um den "Gefangenen des Führers" handelte. - Ein fast ebenso langwieriger Fall war der des Pfarrers Zippel - Gross Gnade, Provinz Sachsen, der etwa 1938 ohne Gerichtsverfahren ins Konzentrationslager überführt wurde. Auf wiederholten Vorstellungen wurde mir

mitgeteilt,

mitgeteilt, er wäre schon entlassen, wenn der Krieg nicht dazwischen gekommen wäre. - Ähnlich erging es Pfarrer Buttler - Braunschweig, der nach der Tschechenkrise vom Sondergericht freigesprochen, aber durch die Staatspolizei in ein Konzentrationslager gebracht wurde (von mir nicht bearbeitet). - Auch den Bekenntnisfront-Pfarrer Walter - Danzig, gelang es nicht, vom Konzentrationslager frei zu bekommen, obwohl unser Präsident als alter Parteigenosse und Offizier für ihn charakterlich gutgesagt hatte. - Besondere Mühe kostete es mich den ordentlichen Prof. D. Fabricius - Breslau, frei zu bekommen, der allerdings nach der Haftentlassung im Auftrage des Führers aus der Partei ausgestossen wurde. - Jahrelang blieb Pfarrer Grüber - Berlin im Konzentrationslager. Nach vielen vergeblichen Bemühungen des Evangelischen Oberkirchenratserlangte er endlich 1944 seine Freiheit. Aber auch die leichteren Fälle verursachten erhebliche Mühe. Superintendent Granlow - Arnswalde, wurde wegen einer harmlosen Kritik an der nichtkirchlichen Beerdigung staatspolizeilich 5 Wochen verhaftet. Superintendent Tamaschke - Berlin, wurde wegen angeblicher judenfreundlicher Äusserungen etwa 5 Monate zusammen mit Kriminalverbrechern inhaftiert, im Gerichtsverfahren, zu dem ich mich als Leumundzeuge bereitgestellt hatte, ohne weiteres freigesprochen, von der Gestapo aus nach meinen besonderen Bemühungen zwei Wochen später entlassen. Ich selbst lernte die Gestapo kennen, als sie

in meiner Wohnung eine Haussuchung nach dem angeblichen unechten Moeldersbrief anstellte, für dessen Aufklärung RM 100 000 ausgesetzt waren, zu ihrem Erstaunen aber feststellte, dass ich das Schreiben ein Vierteljahr vorher dem Amt Rosenberg zur Nachprüfung übergeben hatte. Ich benützte die Gelegenheit, um die Staatspolizei gleichzeitig nach der Herkunft des damals von mir ebenfalls übergebenen Bormanschreibens zu fragen. Hier blieb man die Antwort schuldig. Auch der Geistliche Vertrauensrat, der bei der Reichskanzlei gegebenenfalls um ein Dementi bat, erhielt keine Antwort +). - Meine persönliche Angelegenheit mit der Staatspolizei zeitigte insofern eine günstige Wirkung, als ich seitdem mit den Berliner Herren in ein gutes Verhältnis kam und so manchen angegriffenen Geistlichen Hilfe leisten konnte. So gelang es z.B. einem dieser Beamten, die Angelegenheit des Pfarrers Bachmann vom Kirchlichen Aussenamt, die völlig verschleppt war, zu seinen Gunsten zu entwirren, sodass er frei kam. Im Zusammenhang dieser Erfahrungen verfasste ich eine Denkschrift über Kirche und Staatspolizei, die ich dem Amtschef beim Reichssicherheitsamts, SS-Gruppenführer Müller, vorlegte. Es kam darin unser gesamtes Klagematerial über die Gestapo zum Ausdruck, im besonderen die Verfehlte, des Pfarrerstandes unwürdige staatspolizeiliche Pädagogik. Gegen Kriegsende konnte eine gewisse Milderung dieser Spannungen festgestellt werden, obwohl die schwersten Fälle unerledigt blieben.

Sullbrink
Im Laufe der Jahre kam es zu zwei Todesurteilen gegen Pfarrer wegen Wehrmachtzersetzung. Im Falle Streckmann - Lübeck, erwuchs mir eine sehr umfangreiche persönliche Arbeit, um die erforderlichen Gnadengesuche zu Stande zu bringen, da das Urteil die Umgebung des Geistlichen einschliesslich des Verteidigers unter schweren Druck gesetzt hatte. Auch der Geistliche Vertrauensrat nahm sich nach gewissenhafter Prüfung des Verurteilten an. Aber das Urteil wurde vollstreckt. Im Falle Manschkatz - Provinz Brandenburg, stellte die Behörde Gnadengesuche. Deren Erfolg ist angesichts des Kriegsausgangs ungewiss geblieben. Die Handlungsweise der beiden Geistlichen war zweifellos mit auf die Depression zurückzuführen, die durch das Verhalten des Staates gegen das Christentum entstanden war.

Mit

+) Bei der staatspolizeilichen Nachforschung in Sachen des Bormanschreibens entstand der Eindruck, dass man nicht nach dem Brandstifter, sondern dem Feuerlöscher fahndete.

Mit dem Jahre 1943 setzte auch die Unsicherheit im Rechtsempfinden ein. Hoheitssträger konnten sich in den Gang der Prozesse einschalten. Ein charakteristischer Einzelfall aus Pommern sei angedeutet: Der Gauleiter Schwede - Gomburg, beabsichtigte, die bekannten evangelischen Anstalten für Epileptiker in Stettin-Kükenmühle zu enteignen. Der durch seinen Kommissar unter Druck gesetzte Vorstand sollte ihm freie Hand geben. Ich nahm an der betreffenden Sitzung teil und verhinderte dies. Nun habe der Gauleiter den Vorstand auf eine Beschwerde des Evangelischen Oberkirchenrats beim Reichsinnenminister und bei der Reichkanzlei blieb fruchtlos. Der Rechtsweg wurde von juristischer Seite für hoffnungslos erklärt. Ein Millionenobjekt war der Inneren Mission genommen.

In einer persönlichen Denkschrift behandelte ich 1943 (?) das Verhältnis des Staates zur katholischen Kirche, die durch das Auftreten des Bischofs von Münster, Graf Gahlen, in der Sache der Euthanasie und der Eigentumsgriffe starken Auftrieb erhalten hatte. Ich führte aus, dass die Entkonfessionalisierungsmassnahmen, die beide Konfessionen treffen sollten, meist dem Protestantismus allein Nachteil brächten, da er auf Rückhalt beim Staat und nach der Forderung vom allgemeinen Priestertum auf die Mitarbeit der Laien und auf die Benützung nichtkirchlicher Räume in anderer Weise angewiesen war, als die katholische Kirche mit ihrem internationalen Rückhalt, ihrer auch im Kriege völlig verbliebenen Geistlichkeit, ihren niederen Weihen und ihren vielen kulturellen Räumen. In diesem Zusammenhang wies ich auf Behänderung des Evangelischen Bundes zur Wahrnehmung der deutschen protestantischen Interessen hin, dessen Geschäftsführer die Reisemöglichkeit entzogen war. Diese Ausarbeitung soll beim Staate besondere Beachtung gefunden haben.

Eine andere persönliche Denkschrift befasste sich mit dem Thema der europäischen Religionspolitik. Darin suchte ich zu zeigen, dass diese das ganze europäische Einigungswerk gefährdete, da das Christentum nicht als die Religion des Abendlandes behandelt werde. Die Diskreditierung des Mutterlandes der Reformation wirkte sich unheilvoll aus. Das lutherische Ausland greife nach schweizerischer, schweizerischer oder gar englischer Theologie. Im Osten sei ein Kirchensoviet entstanden, das auf den Balkan übergreife. Den kirchenfreundlichen Besten im besetzten Russland misstrauete man, da sie im Reiche ihr Gegenstück aufwiesen. Universitätstheologen wie Seeberg und Entz, die von kirchlichen Kreisen des Balkans eingeladen waren, erhielten trotz völkischer Bewährung keine Ausreiselaubnis. In Spanien sei eine streng klerikale Universitätsform im Gange. In Norwegen sei ein Konflikt Quislings mit seiner Staatskirche ausgebrochen. Die seit über 200 Jahren in 22 Sprachen übersetzten berühmten Losungen der Brüdergemeinde sollten kein Druckpapier mehr erhalten. Als Schweden das Kontingent stiftete, seien weitere Schwierigkeiten bereitet worden, die erst nach langen Verhandlungen behoben wurden. Das Schicksal dieser Denkschrift blieb mir ungewiss.

Man wird noch fragen, was die Kirche getan hat, um diesen schweren Auswirkungen des Antichristentums ein Gegengewicht zu bieten. Angesichts des katastrophalen Mangels an Geistlichen, die zu fast 50 v.H. eingezogen waren, der seit 1942 ins Ungemessene wachsenden Bombenzerstörungen des Kirchen- und Gemeindefraums, des Druckverbots, der Tagungsbehinderung und der Reiseschwierigkeiten waren ausserordentliche Hemmungen zu überwinden. Es gelang aber, folgende Anliegen wirkungsvoll zu betreiben:

1. wurde die Konventsarbeit planmässig ausgerichtet (Pfarrer-, Superintendenten- und Dirigentenkonvente) und damit besonders von Seiten des Evangelischen Oberkirchenrats eine Pfarrerschulung verbunden. Als Weltanschauungsreferent sprach ich in Berlin, Brandenburg, Pommern, im Warthegau, in Danzig, Magdeburg, in

Oesterreich

Oesterreich und auf der reformierten Synode in Leipzig. Dazu kam eine Vortragsreise für den Evangelischen Bund nach Chemnitz und Magdeburg.

2. Zur Erhaltung der christlichen Erziehung wurde das kirchliche Katechumenat in starkem Masse ausgestaltet.

Eine von mir geleitete Freizeit für Fachleute der Deutschen Evangelischen Kirche auf dem Hainstein bei Eisensch behandelte die Gesamtprobleme. Eine Prüfungsordnung für den Katechetendienst wurde von der Kirchenkanzlei und dem Evangelischen Oberkirchenrat herausgegeben. Zahllose Beamtete und ehrenamtlich katechetische Kräfte traten in den Dienst der kirchlichen Unterweisung. -

Sehr schwierig gestalteten sich die Bemühungen um eine Christenlehre für die Schuljugend der Oberklassen, die keinen Religionsunterricht mehr erhielt. Hier sah ich die Möglichkeit zum Aufbau eines neuen kirchlichen Jugenddienstes. Aber die Bemühungen der Kirche hatten nur geringen Erfolg, was mehr am Pfarrermangel und am Zeitmangel der kriegsbeschäftigten Schuljugend, als an deren gutem Willen lag. - Um trotz allem die Jugendpflege im Kriege erneut in den Vordergrund zu rücken, bereitete ich eine zweitägige Freizeit für die altpreussischen Landesjugendpfarrer und Referenten vor, die im September 1944 in Görlitz stattfand.

3. Es darf als eine erstaunliche Leistung gebucht werden, dass es gelang, den Organistendienst während des Krieges nach dem Ausfall der meisten Lehrer leistungsfähig zu erhalten und ungezählte neue Kräfte aus der Laienschaft zu gewinnen. Dabei wurde auf geregelte Vorbildung gehalten und in die Prüfungsordnung auch das katechetische Fach eingegliedert. Die Leistung der Kirchenmusiker bezeugte sich bis zuletzt in zahlreichen großen Konzerten; ihr schöpferisches Können wurde auch von nichtkirchlichen Kritikern in hohem Masse anerkannt. Daran änderte nichts, dass den Kirchenkonzerten wiederholt staatspolizeiliche und sonstige Hemmungen begegneten.

4. Ebenso fruchtbar gestaltete sich die Laienarbeit der Kirchenältesten, Lektoren und sonstigen Helfer, die unter Anleitung der Behörden vielfach für den abwesenden Pfarrer einsprangen und dafür sorgten, dass die kirchliche Sitte keinen Abbruch erfuhr. Hier beobachtete ich die Gegenwirkung der Partei, deren Tendenz auf Abdrängung der Kirche aus der Volksgemeinschaft gerichtet war.

5. Vor allem aber muss hervorgehoben werden, dass die Gemeinde selbst das ernste Gebot der Zeit begriff. Der Kirchenbesuch wies im Unterschied vom ersten Weltkrieg eine unverkennbare steigende Linie auf. Der Geistliche fand gegenüber der politischen Diffamierung einen starken Halt in der wachsenden Anerkennung seines Berufs. Er war kaum seit Jahrzehnten so sehr ein Mann des öffentlichen Vertrauens geworden, dem man Fragen und Sorgen vortrug, an der die Vertreter der Weltanschauung vorübergingen. Ich konnte es bei der Bearbeitung der staatspolizeilichen Massnahmen wiederholt feststellen, dass gerade der Geistliche, der zum Märtyrer seiner Überzeugung wurde, sich des besonderen Vertrauens seiner Gemeinde erfreute. So konnte es auch geschehen, dass bei Kriegsende, als das Fundament der Weltanschauung zerbrach, der Gottesdienst ein starker Halt der Mühseligen und Beladenen wurde.

VIII. Nationalsozialisten im Kampf gegen das Antichristentum.

Es gehört zu den Pflichten dieser Zusammenstellung, der vielen Persönlichkeiten zu gedenken, die im Laufe der Jahre, namentlich in den höchsten Spannungen der Kriegszeit, als Nationalsozialisten den Mut hatten, ihre Person einzusetzen, um die Bewegung von dem volksschädlichen Treiben des Antichristentums zu befreien und der Kirche zu dienen.

Sie

Sie waren von Anfang an in den Reihen der Deutschen Christen zu finden, obwohl es auch hier lange dauerte, um eine illusionslose Schau über die Haltung der Partei zu gewinnen. Nach der Katastrophe von 1933 bemühte sich vor allem der lutherische Flügel, seine Aufgabe auf die Bereinigung der NSDAP zu richten. Es ergab sich von hier aus die Wechselwirkung mit verschiedenen namhaften Einzelkämpfern. Diese traten im Laufe der Jahre unabhängig vom alten Deutschen Christen-Aufmarsch in Erscheinung, durch ihr Gewissen gerufen. Es gehörte zu meinen dankbarsten Aufgaben, diese Männer zu empfangen und zu beraten, wobei mir der Präsident erhebliche Freiheit gab, da diese Arbeit ja noch den Umständen einer ganz selbständigen Ausrichtung bedurfte.

Auf meinem Besuche in München 1937 lernte ich Dr. Georg Schott, den Verfasser des "Volksbundes vom Hitler" kennen, der sich als Altgardist der NSDAP, obwohl er lange vor ihrer Entstehung aus der Bayerischen Landeskirche ausgeschieden war, geradezu vorbildlich um die ehrliche Durchführung des Punktes 24 bemühte und in seiner schriftstellerischen Tätigkeit die innige Beziehung von Deutschtum und Christentum zum Ausdruck brachte (von Gott und der Welt) Luther-Dürer usw). Bei einem Besuch in Berlin stellte er mir seinen Verleger Jans - Stuttgart (Tazzelwurm-Verlag) vor, einen jugendbewegten Mann, der Schotts Ideale teilte. Schott hat bis zum Kriegsende in warnenden Zuschriften die Parteikanzlei und vor allem den Führer selbst zu beraten sich bemüht. Vielleicht sind auf seinen Einfluss einzelne Entspannungen zurückzuführen.

In einem langjährigen Kampf hatte ich den Leiter des Pressverbandes der Provinz Sachsen Dr. Hammer zu unterstützen, der in seinen Veröffentlichungen christlichen Glauben und nationalsozialistische Weltanschauung zu vereinen bestrebt war, vorallem aber die Volkskirche vor dem Schicksal der Ghettisierung zu bewahren suchte. Seine tapfere Kritik an Rosenberg und der privilegierten Gottgläubigkeit führte zu seinem Ausschuss aus der Reichspressekammer. Ich verfasste ein eingehendes Gutachten über seine Tätigkeit. Nach mehrjährigem Prozess setzte er sich in der Berufungsinstanz im wesentlichen durch und behielt seine Kammermitgliedschaft.

Sehr hart war der Kampf des ersten nationalsozialistischen Universitäts-theologen Prof. D. Fabricius-Breslau. Er war es, der erstmalig auf den Einfluss des völkischen Freidenkertums auf die Partei hinwies. Schon seit 1936 klärte er unentwegt die politischen Stellen über die verheerenden Auswirkungen dieses fremden Geistes auf und warnte vor seinen bolschewisierenden Tendenzen. Obwohl man schliesslich seine Materialsammlungen als unerwünscht bezeichnete, liess er sich nicht abschrecken. Eine besonders ernste Denkschrift führte dann zu seiner Verhaftung. Man schleppte ihn in verschiedene Kliniken zur Beobachtung, auch zu den Irren. Nur der Umstand, dass er fast blind war, brachte ihn offenbar um das Konzentrationslager herum. Mit grosser Mühe gelang es mir, ihn freizu bekommen. Doch wurde er bald darauf ohne Verfahren im Auftrag des Führers aus der Partei ausgestossen.

Die Oberin Guida Diehl vom Neulandbund - Eisenach galt als eine der bedeutendsten Vorkämpferinnen der NSDAP und wäre s.Zt. beinahe Reichsleiterin der nationalsozialistischen Frauenschaft geworden. Sie stellte sich restlos dem Neulandwerk zur Verfügung, das den deutschen Menschen auf dem Grunde des christlichen Glaubens erziehen wollte und gab ein umfassendes Schrifttum, u.a. den bekannten Neulandkalender heraus. Ihr Buch "Erlösung vom Wirrwahn" bringt die beste Auseinandersetzung mit Mathilde Ludendorff und weist erstmalig auf

die

die Beziehungen des völkischen Freidenkertums zu Spinoza hin. Wegen einer Kritik an den aufgekommenen Sexualverirrungen wurden ihre sämtlichen Blätter verboten.

In unvergleichlicher Glaubensstreue trat für seine Kirche bei den staatlichen Stellen Generalfeldmarschall von Mackensen ein, namentlich in seiner pommer-schen Heimat.

Dankbar muss auch der Frau Emmy Göring gedankt werden, die sich mancher Bitt-schäft aus kirchlichen Kreisen annahm.

Reichsminister Kerrl († 13.12.1941) wandte sich in seinem Amte immer stärker dem Christentum zu. Seine Kantstudien hatten ihn zu tieferem Verständnis des deutschen Protestantismus geführt. Während seines Ministeramtes beschäftigte er sich gründlich mit Luther. Sein besonderes persönliches Vertrauen schenkte er dem Parteigenossen Oberkonsistorialrat Lic. Ellwein, der auch an seinem Sarge sprach. In seiner letzten Rede vor dem Evangelischen Oberkirchenrat und der Kirchenkanzlei stellte er den Weg der Kirche heraus, die in der Machtlosigkeit ihre Macht vor dem Volke beweisen müsse.

Als ein bereitwilliger Anwalt unschuldig Verfolgter bewährte sich die Alt-gardistin der NSDAP, Frau Eva von Schröder, die sich des besonderen Vertrauens beim Führer erfreute. Sie stand mir mit Rat und Tat in der Behandlung schwieriger Fälle zur Seite, wenn alle anderen Instanzen versagten.

Einen in seiner Gesinnung vorbildlichen Parteigenossen lernte ich in dem höhe-ren SA-Führer Landrat von Alvensleben kennen, der sich nicht scheute, wieder-holt als Staatsbeamter die verheerenden Auswirkungen der antichristlichen Poli-tik in Denkschriften darzustellen. Zunächst wurde er deshalb von der Grenzmark nach Westfalen versetzt, dann seines Amtes enthoben.

In Bayreuth wurde ich mit Frau Winnifried Wagner bekannt, die dem grossen Vermächtnis Richard Wagners entsprechend den christlichen Erlösungsglauben weltanschau-lich vertrat. Sie äusserte mir gegenüber, von seiten Rosenbergs werde darin mehr ein "Speen des Führers" bzw. asiatischer Zauberglaube gesehen. Ihr Wunsch war darauf gerichtet, den Führer mit "neuen Menschen" in Verbindung zu bringen. Frau Wagner unterstützte die Chamberlainvereinigung, sie soll sich auch für Niemoeller eingesetzt haben.

Obwohl persönlich kein Christ, muss der alte Parteigeosse Graf von Reventlow als einer der Männer hervorgehoben werden, der für eine saubere und würdige Auseinandersetzung über Religion und Weltanschauung eintrat und in seiner Zeit-schrift "Reichswart" mir und anderen christlichen Parteigenossen wiederholt die Gelegenheit gab, in einer Zeit, als die christliche Volkspresse verboten war, auf Presseangriffe zu antworten und grundsätzliche Fragen zu klären. Eine Bitte seines Schriftleiters, des bekannten Rundfunkredners Dr. Schabing, früheren Redakteurs Hossenfelders, Reventlows religiöse Aufsätze herauszugeben, konnte ich wegen der doch abweichenden Glaubenshaltung nicht erfüllen.

Als ein getreuer Eckart bemühte sich Prof. D. Entz-Wien, einer der ersten völkischen Vorkämpfer unter den österreichischen Dozenten, um den nationalso-zialistischen Staat. In gewissenhafter Zusammenstellung legte er das Material über die antichristlichen Eingriffe in der Ostmark seinem Reichstatthalter vor, suchte persönlich wiederholt den Staatssekretär Dr. Muhs vom Reichskirchenmini-sterium auf und scheute sich auch nicht, den Führer in erastester Vorstellung vor einem Abgrund zu warnen. Als man sein Handeln als unerwünscht bezeichnete, fuhr er fort, seine Pflicht zu tun. Zuletzt berichtete er mir von staatspolizei-lichen Schwierigkeiten, die ihn aber auch nicht schreckten.

Als Nachbar meiner Wohnung trat mir der 1945 heim-gegangene Prof. D. Franz Seeberg besonders nahe und war mir ein langjähriger Berater in den Weltanschau- / und den Staatssekretär Kritzinger von der Reichkanzlei unbefragt

Weltanschauungsfragen. Als Parteigenosse hatte er sich durch die Herausgabe von Meister Eckharts Werken einen Namen erworben. Mit seinem gutsichtlichen Rat stand er immer wieder den Kirchenbehörden zur Seite. Die grosse Linie, die er aufzeigte, ging von der Menschwerdung Göttes aus. Die Ausrichtung der Kirche wünschte er im Geiste Luthers, der den Spiritualismus nicht abgrenzte, sondern positiv aufnahm und durch die Rechtfertigungslehre überwand.

Aus dem Westen des Reiches bemühte sich als christlicher Parteigenosse um den Nationalsozialismus Pfarrer Dr. Beckmann - Elberfeld. Er erschien mir als der Theologe, der die beste Diktion im weltanschaulichen Kampf besass. Rückhaltlos wies er seinen Kreisleiter auf die Pflicht der Toleranz und der Wahrung des 24. Punktes im Parteiprogramm. Durch Vermittlung des Berliner Nervensantes Dr. Göring, eines Vettors des Reichsmarschalls, übersandte er 1943 ein Schreiben an Reichsminister Dr. Goebbels, in dem er den gemeinsamen Kreuzzug von Kirche und Partei gegen den Bolschewismus vorschlug. Er erhielt eine Antwort des Ministerialrats Schippert in dem Sinne: Die führenden Männer der Kirche hätten keine Voraussetzung dazu geschaffen, da sie zu den passenden Gelegenheiten mit Kundgebungen zurückgehalten hätten. Da Beckmann eingezogen wurde, übergab er mir die Angelegenheit. So wies ich Schippert darauf hin, dass diese Kundgebungen häufig erfolgt, aber von seinem Ministerium der Öffentlichkeit vorenthalten seien.

Im Jahre 1942 (?) rief der frühere Regierungspräsident Parteigenosse Dr. Eichler in Dresden die M.St.Chamberlain-Vereinigung zur Erhaltung der christlichen Kultur für die germanische Menschheit ins Leben und trat in Beziehung zu den Kirchenbehörden, wobei ich ihm als Verbindungsmann diente. Alsbald machte sich der Widerstand des Reichsstatthalters Mutschmann geltend. Das Amt Rosenberg aber liess mit Rücksicht auf Chamberlain als Freund des Führers ein Verbot nicht zu. Doch behinderte die Staatspolizei die Versammlungstätigkeit. Dr. Schott - München und Frau W. Wagner übernahmen den Ehrenvorsatz der Vereinigung.

Unter den höchsten Staatsvertretern wirkten als überzeugte Christen, abgesehen vom Reichsminister Kerrl, der Reichsjustizminister Götner, der Reichsfinanzminister von Schwerin-Krosigk und der preussische Finanzminister von Popitz. Ihr Einfluss auf die nationalsozialistische Weltanschauung blieb aber gering.

IX. Die letzte Kriegszeit 1943 bis 1945.

Wenn die verschiedenen Entspannungsversuche dem Kampf gegen die Kirche keinen Abbruch taten, so lag das an dem hartnäckigen Bestreben des Amts Rosenberg, das Christentum durch die nationalsozialistische Weltanschauung abzulösen. Freilich erkannte man hier, dass der Weg negativer Kritik namentlich im Kriegsgefahrlich war und entschloss sich im Juni 1942 zu einer grossen grundsätzlichen Massnahme, dem Programm der nationalsozialistischen Fei ergestaltung (Jahres- und Lebensfeiern). Die Zuständigkeiten waren mit der Parteikanzlei, der Reichspropagandaleitung der NSDAP, Kraft durch Freude usw. bis ins kleinste geregelt. Eine mit erheblichem Papierkontingent ausgestattete Zeitschrift "Die neue Gemeinschaft" sollte den Amtswaltern im Lande fortlaufende Schulung bieten. Der Plan war so gross angelegt, dass seine wunschgemässe Ausführung die gesamten kirchlichen Handlungen überflüssig gemacht hätte. Aber eben diese Ausführung scheiterte, da das Ganze im Zeichen des auch auf andere Gebiet fortschreitenden weltanschaulichen Illusionismus stand.

Die Kirchenbehörden sahen in diesem Falle von Vorstellungen ab, da es sich um ureigene Angelegenheit der Partei handelte. Dagegen wurde das Anliegen im Kreise der geistlichen Dirigenten auf dem Evangelischen Oberkirchenrat

gründlich

gründlich durchgearbeitet. Ich hatte dabei Gelegenheit, in einem Vortrag das Verhältnis von Religion und Weltanschauung an der Hand des Rosenbergschen Planes zu besprechen und hatte diesen Vortrag später auch in Litzmannstadt zu wiederholen, da im Warthegau am meisten Experimente der Feierygestaltung zu erwarten waren. Für die Kirche musste bei alledem die Losung gelten: Vertiefung der gottesdienstlichen Feier.

Wer die Zeitschrift "Die neue Gemeinschaft" verfolgte, bemerkte gar bald, dass die Durchführung des Planes auf erhebliche Schwierigkeiten stiess, vor allem auf den Mangel des persönlichen Taktes und der Wärme des politischen Redners. Auch begann die zunächst auf eignes weltanschauliches Gut eingestellte Zeitschrift seit Ostern 1944, sich gleichzeitig mit der Kritik am kirchlichen Feierygut zu beschäftigen. Eine staatliche Verfügung, dass die Bezeichnung "Feier" nur der NSDAP vorbehalten blieb, änderte nichts an der Tatsache, dass die Feiern im besten Falle nur ästhetischen Eindruck hinterliessen, wo grosse Verbände mit starken künstlerischen Mitteln aufmarschierten, dass aber freiwilliger Zuspruch nur sehr vereinzelt zu beobachten war.

Besondere Beunruhigung erweckte in der letzten Kriegszeit ein Erlass des Kirchenministeriums über die Freigabe des Glockengeläuts auf Wunsch von Volksgenossen bei der Beerdigung Angehöriger, die aus der Kirche ausgetreten waren. Die erforderliche Eingabe der Kirchenkanzlei brachte ihrem stellvertretenden Leiter erhebliche Missbilligung von staatlicher Seite ein.

Seit 1943 kam unter dem Ernst des Krieges die Angriffswelle gegen das Christentum weithin zum Schweigen. Dass man von oben her an keine Sinnesänderung dachte, ergab der Inhalt der politischen Zeitschriften. Seit 1944 stellten sich namentlich die Blätter der Reichskulturkammer/wurde ein Vorschlag gemacht, Karl May zu entkonfessionalisieren, bald wurde Gustav Frenssen angegriffen, bald der gefallene Kurt Eggers in seiner Haltung gegenüber dem Christentum herausgestellt, bald wurden die Schriftsteller ersucht, die Zeitangabe "vor"- bzw. "nach Christi Geburt" zu unterlassen, vor allem aber wurde Nietzsche zum 100. Jubiläum gefeiert. Sein "Antichrist" spielte dabei eine besondere Rolle. Ich stellte eine Auslese dieser Artikel zusammen. Angesichts der ersten Kriegslage beschränkte ich mich aber auf Unterrichtung des Kirchenministeriums.

Dagegen bedurfte ein besonderer Vorgang des Eingreifens. Immer entschiedener war der Geist der SS weltanschaulich hervorgetreten. Gegen Ende 1944 wurde uns eine Schulungsschrift bekannt, die ohne Angabe des Verfassers allein den Herausgeber: Reichsführer SS, Schulungshauptamt, nannte. Sie trug den Titel "Rassenpolitik". Darin wird die SS als weltanschaulicher "Orden" proklamiert. Es werden 4 Gegner der nationalsozialistischen Weltanschauung genannt, an erster Stelle die Kirchen. Schwere Angriffe folgten unter Angabe verzerrtem Tatsachenmaterials. Demgegenüber hielt ich den obersten SS-Stellen eine Zeitungsnachricht vor, in der die Behauptung, die SS kämpfe für Kirchenaustritt usw., als Feindlüge bezeichnet wurde und unterbreitete in persönlichen Vorträgen und in einer Denkschrift der Reichsführung die Wahrheit über die Einstellung der Deutschen Evangelischen Kirche zu den angeschnittenen Problemen +).

Dass der Ernst des Krieges nicht spurlos an den für die seelische Ausrichtung des Staats verantwortlichen Stellen vorüberging, bewies eine Wendung im Rundfunk aus letzter Zeit. Ministerialdirektor Fritsche brachte, wie mir berichtet wurde, in einer Konferenz zum Ausdruck, man habe die Kirche mit Unrecht übergangen, zumal man nichts Besseres für ihre Verkündigung einzusetzen wisse.

/- bzw. Reichsschrifttumskammer auf antichristliche Tendenz ein. Bald

Er

+) Priesterherrschaft, Gleichheit aller Menschen, Leib- Seeleproblem usw.

182/52

Er liess einstweilen mit der überkonfessionellen Wiedergabe christlicher Redner beginnen. Dabei wurden von einer Ansprache des Puzener Superintendanten Steffani die auf Christus bezüglichen Stellen in der Übertragung fortgelassen. Als ich zu Ostern 1945 eine Kundfunkansprache eingab, stellte ich unverkürzte Wiedergabe zur Bedingung. Bereits ausdrücklicher Zusage wurden nach der Bunkeraufnahme der auf den Heiland bezüglichen Kernsatz sowie meine geistliche Amtsbezeichnung fortgelassen.

Diese Enttäuschung war die letzte in meinen zwölfjährigen Bemühungen um Religion und Weltanschauung.

Schlusswort.

Als Adolf Hitler am 30. Januar 1933 die Macht übernahm, begann er seine Ansprache in der Potsdamer Garnisonkirche mit dem Bibelwort: "Wo der Herr nicht das Haus baut, arbeiten umsonst, die daran bauen". Welch' eine Fülle von Arbeit ist nicht in diesen zwölf Jahren geleistet worden! Und nun ist das Haus zerfallen. Und man darf hinzufügen, "Es fiel und tat einen grossen Fall"! Der Heiland hat dieses ernste Wort in der Bergpredigt von einem Manne gesagt, der sein Haus auf den Sand baute.

Diese nationalsozialistische Weltanschauung sollte nach dem Programm ihrer Gründung auf dem Boden eines positiven Christentums stehen. Die vorliegende Arbeit lässt erkennen, wie dieser Boden im Laufe der Zeit versandete und seine läuternde und geisttreibende Kraft verlor. Wenn wir heute erleben, wie nicht nur Deutschland zertrümmert ist, sondern auch die ihm zugehörige Weltanschauung verweht, so liegt das sehr wesentlich an jener unheimlichen Verirrung, dass man an Stelle des fruchtbaren Bodens den Flugsand wählte.

Es ging dem Verfasser dieser Zeilen darum, der Verirrung entgegenzuwirken, da das Schicksal des Reiches auch auf dem Beamten der Kirche liegt, zumal wenn er im Geiste Martin Luthers sein Amt erfüllen will. Es ging ihm besonders darum, weil er persönlich der Bewegung des Führers angehörte, wenn er auch als Theologe von ihren Ämtern ausgeschlossen war.

Oft genug ward ihm entgegengehalten: Du erstrebst ja Unmögliches. Aber ist es nicht gerade das Schicksal der Kirche, dass ihre verantwortlichen Träger immer wieder an das Unmögliche herangehen müssen? Fordert nicht das Evangelium einen Glauben, der Berge versetzt? Und gilt nicht dieser starke Christenglaube auch einer Weltanschauung gegenüber?

Oft genug begegnete dem Verfasser die Frage: Warum soviel Mühe und Arbeit mit den kirchlichen Vorstellungen und Einsprüchen, die doch kein Gehör finden? Darauf muss gesagt werden: Kommende Generationen werden uns einmal fragen: Habt Ihr zu alledem geschwiegen, was geschah? Habt Ihr den Pharisäern gleich, Euch abseits gehalten? Oder habt Ihr den Mund aufgetan? -

Der Leser dieser Zeilen wird den Eindruck gewinnen, dass es dem Weltanschauungsreferenten darauf ankam, der Kirche auch den erdenklichsten Schwierigkeiten den notwendigen Lebensraum zur Erfüllung ihres Auftrages zu sichern und dem nationalsozialistischen Staat das Erforderliche zu bezeugen, dass seine eigene Existenz und damit die des Deutschen Volkes vor einem Abgrund bewahrt bliebe. Es war dem Verfasser dieser Denkschrift ein besonderes Anliegen, diese Rechenschaft abzulegen, ehe ein neues Blatt der Beziehung von Staat und Kirche aufgeschlagen wird.